

DER Offizier

Ausgabe 4/2019 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



ÖBH 2030 |

Tag der Leutnante |

Umfrage zum ÖBH |

Bei den Regierungsverhandlungen nach der Nationalratswahl will der Bundespräsident auf eine Budgetaufstockung pochen



WÄCHTER

Blödheit oder zerstörerische Absicht?

Immer wieder taucht die unsinnige Forderung auf, den für das Bundesheer notwendigen Spielraum für Investitionen durch Personalabbau zu erwirtschaften. Selbsternannte Experten und in Streitkräfteplanung und Haushaltsrecht völlig Unkundige werfen mit Worthülsen um sich und übersehen, dass die Forderung gleich in mehreren Punkten blöd oder zerstörerisch ist. Da wäre zum Ersten einmal zu fragen, wie denn die ohnehin schon überdehnten Aufgaben mit weniger Personal zu bewältigen wären. Man ist sich zwar einig, dass die Aufgaben und deren Komplexität steigen, nur die einzig richtige Schlussfolgerung, dass man daher dafür eigentlich mehr Personal bräuchte, sieht man nicht. Dabei als Lösung auf die Miliz zu setzen, greift ebenfalls zu kurz, weil man mit nur 90 (150) Tagen Verpflichtung für Offiziere (Unteroffiziere und Mannschaft noch weniger) und alle zwei Jahre einer einwöchigen Übung keine Streitkräfte betreiben kann. Der dann getätigte Hinweis auf andere Länder lässt außer Acht, dass dort ein Vielfaches von Verpflichtungszeiträumen und mehr Geld als Fakten gegeben sind. Die sofortige Verfügbarkeit eines Minimums an Kräften, zum Beispiel für Assistenzeinsätze, sowie die erforderliche Ausbildungsstruktur wären dann übrigens auch nicht mehr gegeben. Die dann auch – mangels Bedarf – zu schließenden Kasernen würden aufgrund der damit einhergehenden Entblößung der Regionen zu einem weiteren Rückgang der Zahl der noch einrückungswilligen jungen Männer führen, denn der Zivildienst kann am Heimatort erbracht werden. Wer sich im Bundeshaushalt auskennt, weiß darüber hinaus, dass kein einziger Euro, der im Personal eingespart wird, jemals in der Investition auftauchen wird, im Gegenteil, er wird sofort im Stellenplan anderer Bundesorganisationen verwendet werden. Es ist wie der Traum vom heißen Eislutscher anzunehmen, dass mit dem eingesparten Gehalt von Kaderpersonal dann zum Beispiel die Mobilitätskrise des Bundesheers oder das Infrastrukturproblem gelöst werden könnte. Eine weitere unsinnige Forderung ist der Wunsch, endlich Konzepte auf den Tisch zu bringen und die

Aufgaben zu präzisieren. Laut auflachend müsste man die Tonnen Papier auflegen, in denen die neuen und inzwischen mehrfach der Bedrohung angepassten Aufgaben bereits definiert wurden, die aber – obwohl sogar parlamentarisch abgesegnet – immer ohne finanzielle Sicherstellung blieben. Auch der Wunsch nach Attraktivierung ist und bleibt eine unsinnige Worthülse, wenn es weniger statt mehr Geld gibt. Alle das Thema erforschende Studien bei Rekruten erkennen den Wunsch nach einer höheren finanziellen Abgeltung für Präsenzdienster, einer zu verbessernden Kasernen- und Sportinfrastruktur und nach Erhöhung der interessanten Ausbildungs- und Übungstätigkeit. Ja, wie soll das denn ohne mehr Geld funktionieren? Keine einzige sinnvolle Umschichtung wird je das fehlende Geld für Fahrkilometer von gepanzerten Fahrzeugen oder Flugstunden für Hubschrauber oder ein verbessertes Kasernenzimmer erbringen. Ganz zu schweigen davon, dass Umschichtungen finanzieller Mittel ohne Aufstockung nur die Probleme verlagern. Man kann eben nicht sagen Cyber-Abwehr ja und Panzer nein, man kann nicht sagen Hubschrauber ja, Abfangjäger nein, das ist, wie wenn man sagen würde Feuerwehrauto ja, aber keinen Schlauch oder Wände im Haus ja, aber kein Dach. Natürlich könnte man einen vermeintlich lädierten Körperteil amputieren und damit die Gesundheit vielleicht wieder herstellen, aber dann muss man eine teure Prothese beschaffen und hat trotzdem eine eingeschränkte Leistungsfähigkeit. Wenn man weiß, dass ein einfacher Jägerzug 1997 an die 840.000 Euro (aus Schilling umgerechnet) gekostet hat und heute – dem State of the Art entsprechend – an die 8,9 Millionen Euro kostet, dann sollte man eigentlich verstehen, dass nicht der Personalabbau oder neue Konzepte die Lösung der Probleme des Bundesheers sind, sondern ausschließlich die preisangepasste Erhöhung der Ausgaben für die Sicherheit der Bevölkerung und unserer Heimat. Nur dann werden wir es auch schaffen, „nur“ 50 Prozent für das Personal auszugeben. Wer das nicht versteht, ist unverständig, setzt falsche Prioritäten oder will zerstören. ✕

Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 6 HBM zu ÖBH 2030
- 7 Investitionsbedarf für die Sicherheit Österreichs
- 12 Einstellung der Bevölkerung zum Image des ÖBH
- 17 Kann man nicht oder will man nicht verstehen?
- 18 „Milchschaumkrone“ und „nationale Rüstungsindustrie“
- 20 Unser Heer
- 22 Ehrenmal des Österreichischen Bundesheeres
- 24 Ausbildung zum Berufsoffizier abgeschlossen
- 25 Tag der Leutnante
- 27 ÖOG-Delegiertenversammlung 2019
- 29 Ein Brief zum Schluss

DER OFFIZIER

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511 | **Chefredakteur:** GenMjr Mag. Herbert Bauer | **Erscheinungsort:** Wien | **Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Bgdr i. R. A. Eigentler, MSD; Obst i. R. O. Heel (Tirolbeilage); M. Musner; M. Sala **Marketing:** Dr. Michael Radike, marketing@oeog.at | **Hersteller:** TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck | **Druck:** Ing. F. Feilhauer, 2620 Neunkirchen, Seebensteiner Straße 1 | **Fotos:** Titelbild: HBF/Karlovits/Lechner; andere gem. Einzelnachweis | **Internet/Mail:** www.oeog.at – deroffizier@oeog.at

Namentlich gezeichnete Beiträge und Ausführungen des „Wächter“ müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken.

Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:

Die Zeitschrift Der Offizier befindet sich zu 100 Prozent im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der ÖOG bestimmt und bezweckt Information in Wort und Bild zu Themen der internationalen und nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Vorwort

**Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!**

Ein sachlicher, verstörender Bericht des Generalstabschef und ein klares, noch präziseres Papier des amtierenden Verteidigungsministers, also jener beiden Funktionen in der Republik Österreich, die wissen müssen, wovon sie sprechen, sagen uns, dass wir unverantwortliche Defizite bei der Sicherheit haben, dass wir nicht up to date sind, dass wir die Folgen des Investitionsrückstaus nicht mehr ausgleichen können, dass wir unsere Soldaten, inklusive der eingezogenen Grundwehrdiener, nicht ordnungsgemäß ausrüsten und unterbringen können und dass wir sogar unseren verfassungsmäßigen Auftrag nicht mehr erfüllen können. Die Bevölkerung ist der Ansicht, dass das Bundesheer mehr Geld braucht, aber jene politischen Kräfte, die es ändern könnten, reagieren mit sachlich haarsträubenden Argumenten und lassen keine Bereitschaft erkennen, das Problem wirklich – im Sinne der Verfassung und eines Verständnisses von staatspolitischen Grundlagen – zu lösen. Diese Ausgabe von „Der Offizier“ beleuchtet den Gegenstand, wie üblich, von mehreren Seiten und versucht dem geneigten Leser die wesentlichen Argumente zugänglich zu machen. Zugleich wird vermittelt, dass das größte Kapital des Bundesheers, der Mensch, die Soldatin und der Soldat, noch immer bereit ist, sich und, wenn es verlangt wird, auch das eigene Leben einzusetzen, um, frei nach der Verfassung, die militärische Landesverteidigung, aber darüber hinaus gegebenenfalls den Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit sowie der demokratischen Freiheiten der Einwohner, die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt und die Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs zu gewährleisten. Und das alles, obwohl durch die Politik keine signifikante Unterstützung oder Bereitstellung der erforderlichen Ausrüstung und Infrastruktur in der notwendigen Qualität und Quantität erfolgt. Muss erst etwas passieren, damit etwas passiert? Auf jeden Fall kann niemand mehr sagen: „Das war ja nicht bekannt!“

**Ihr Chefredakteur
Herbert Bauer**

Brief des Präsidenten

Advent 2019



© ÖÖG/FOTOSTUDIO WILKE

Dezember 2019, 1. Advent-sonntag. Ich habe bis zum spätesten möglichen Zeitpunkt gewartet, um meinen Brief zu schreiben. Ich wollte auf letzte Entwicklungen eingehen können. Und tatsächlich hatte es die letzte Novemberwoche in sich.

/ Vor einer Woche wurde ich bei der Delegiertenversammlung gemeinsam mit dem Präsidium-Team mit großem Vertrauen ausgestattet und einstimmig für die nächsten vier Jahre gewählt. Die Grußworte von Bundesminister Thomas Starlinger, in denen er bekannte Positionen der Koalitionsverhandler anprangerte, stellten sogar den exzellenten Festvortrag des Generalstabchefs, General Robert Brieger, in den Schatten und bestimmten tagelang die Medienberichte. Die Videoaufzeichnung der Rede auf der Facebook-Seite der ÖOG bricht alle Reichweitenrekorde.

/ Dann flog ich zum Herbst-Treffen der internationalen Offiziersgesellschaft nach Edinburgh. Trotzdem wurde ich sofort auf die ZIB 2 aufmerksam gemacht, in der – entgegen dem gültigen Positionspapiers der ÖOG – anstelle der Rückkehr zum bewährten 6+2-Modell auch Alternativen wie 4+2/5+1 als akzeptabel bezeichnet wurden. Die Folge war ein mediales Trommelfeuer der wehrpolitischen

Vereine, die sich vom dort zu Wort gekommenen „Experten“ klar distanzieren. Und dann tagte auch noch die Untergruppe zur Landesverteidigung im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und Grünen mit derzeit unbekanntem Ausgang.

Abenteuerliche Verhandlungen

Advent hat denselben lateinischen Wortstamm wie Abenteuer (vgl. englisch „adventure“). Laut Wikipedia wird Abenteuer „als eine risikoreiche Unternehmung oder auch ein Erlebnis bezeichnet, das sich stark vom Alltag unterscheidet. Es geht um das Verlassen des gewohnten Umfeldes, um etwas Wagnishaltiges zu unternehmen, das interessant, faszinierend oder auch gefährlich zu sein verspricht und bei dem der Ausgang ungewiss ist.“

/ Ich betrachte die derzeit stattfindenden Koalitionsverhandlungen als ein solches Abenteuer. Und deshalb habe ich in einer Pressemitteilung gesagt: Es ist offensichtlich eine Koalition im Entstehen, die das Ende des Bundesheeres herbeiführen könnte. Wie komme ich dazu?

Meinungsfreiheit versus Meinungsdictatur

In unserer pluralistischen, demokrati-

schen Gesellschaft ist die Meinungsfreiheit ein Grundrecht und ein hohes Gut. Es ist daher auch das gute Recht einer wahlwerbenden Partei, die Abschaffung der Wehrpflicht und die Etablierung eines Berufsheeres zu fordern. Genauso legitim ist es, eine Reduktion der Aufgaben des Bundesheeres auf Katastrophenhilfe und Auslandseinsätze anzustreben.

/ Es muss aber klar sein, dass diese Forderungen im Gegensatz zur gültigen Rechtslage stehen, die in der Bundesverfassung und im Wehrgesetz normiert ist. Außerdem stehen die Forderungen im Widerspruch zum klaren Ergebnis der Volksbefragung vom 20. Jänner 2013. Diese Partei müsste also politisch versuchen, für ihre Anliegen eine entsprechende Mehrheit im Parlament zu gewinnen. Für eine 13,9 Prozent-Partei ist allerdings schon die Ambition einer einfachgesetzlichen Mehrheit sportlich. Eine Verfassungsmehrheit erscheint jedoch ein völlig unrealistischer Griff nach den Sternen.

/ Es muss aber auch völlig außer Streit stehen, dass sich eine Minderheitsmeinung sehr wohl der demokratischen Mehrheitsmeinung unterordnen muss. Wenn sich Abgeordnete oder gar Regierungsmitglieder trotz ihrer Angehörigkeit auf die Gesetze der Republik Österreich nicht an die Verfassung ge-

bunden fühlen würden, da sie ja andere Überzeugungen vertreten, wäre das ein inakzeptabler Rechtsbruch, gegen den mit allen vorgesehenen Mitteln vorzugehen wäre. Denn diese Missachtung gültiger Gesetze wäre nichts anderes als eine Meinungsdictatur einer politischen und gesellschaftlichen Minderheit.

Tun und Lassen

Während die eine Partei also ganz offen einen Kurs vertritt, der die verfassungsgegebene Form des Bundesheers radikal verändern würde, ist die größere Partei in dieser Frage nicht so eindeutig. Als „staatstragende Partei“ lässt sie kaum eine Gelegenheit aus, sich wortreich zum Bundesheer zu bekennen. Manche fordern daher, dass den Sonntagsreden nun mehr auch Taten folgen müssen, denn diese werden oft vermisst. Es entsteht aber manchmal der Eindruck, dass durch geschicktes Agieren – wie zum Beispiel den Entzug von Finanzmitteln, das Einsetzen von strategischen Arbeitsgruppen, die Betonung von Teilaspekten und die Ablenkung von Kernfragen – das Gegenteil von dem verfolgt wird, was programmatisch verkündet wird.

/ Der Umgang damit ist wesentlich schwieriger. Transparenz und Demaskierung müssen daher die Mittel sein, um aufzuzeigen, dass nicht nur aktives Umstürzen der Verfassung, sondern auch passives Zulassen verantwortungslos wäre. Wenn also im letzten Regierungsprogramm von einer Wiederherstellung des verfassungskonformen Zustandes beim Bundesheer die Rede war, dann kann ein Abrücken davon oder ein Verwässern dieses Ziels wohl nicht im Sinne der Verfassung und einer zukünftigen Regierung sein.

/ Ich bin davon überzeugt, dass weder der Bundespräsident noch die österreichische Bevölkerung eine verfassungswidrige Vorgehensweise beim Bundesheer dulden werden. Ich wage sogar eine Prognose: Wenn die weitere schrittweise Demontage des Bundesheeres und der Landesverteidigung als politische Morgengabe in die Regie-

rungspartnerschaft eingebracht wird, dann ist das der Beginn vom Ende eines politischen Höhenflugs.

Verantwortung für die Sicherheit Österreichs

Die Hinweise an die Regierungsverhandler entspringen nicht dem Motiv, derzeit nicht am Verhandlungstisch sitzende Parteien wieder ins Gespräch zu bringen. Es geht uns seit Jahren darum, einen nationalen Schulterschluss aller Parteien zu erreichen. Denn Landesverteidigung sollte aus dem parteipolitischen und ideologischen Kalkül herausgehalten werden. Die Sicherheit der Bevölkerung ist eine staatliche Basisleistung. Dabei darf es keine po-

litischen Sieger oder Verlierer geben. Denn am Ende ist sonst die Bevölkerung der Verlierer.

/ Zu Weihnachten gedenken wir Jesu Geburt und damit einer religiösen Erneuerung. Gleichzeitig feiern wir aber auch die Wintersonnenwende, die uns Jahr für Jahr daran erinnert, dass nach einer Zeit der Finsternis eine neue Sonne aufgeht. So möge an diesen Weihnachten 2019 das neue Licht mit uns sein und die Finsternis erhellen.

/ Frohe Weihnachten und ein friedliches Jahr 2020 wünscht Ihnen

**Mag. Erich Cibulka, Brigadier
Präsident der Österreichischen
Offiziersgesellschaft**





**MILIZOFFIZIERE UND ANWÄRTER (m/w)
GESUCHT!**

YOUNG RESERVE OFFICERS SEMINAR
25.03.–28.03.2020
BRNO, CZE
Anmeldung bis 21.01.2020
an yro@oeog.at
www.youngofficers.org



Position beziehen – Sicherheit für Österreich

Vorwort zu „Unser Heer 2030 – die Antwort auf künftige Bedrohungen“



© BUNDESHEER/LAMPERSBERGER

BM Starlinger: „Der mittlerweile dramatische Fähigkeitsverlust des Bundesheeres hat massive Konsequenzen für Österreich.“

Stellen wir uns vor: Nach einem Cyber-Angriff sind in weiten Teilen Österreichs die Computernetzwerke ausgefallen. Terroristische Angriffe auf kritische Infrastrukturen gefährden die Wasser- und Stromversorgung. Die öffentlichen Verkehrsmittel stehen still. Die Bevölkerung hat zu wenig Lebensmittel zuhause bevorratet. Supermärkte werden geplündert. Chaos in Österreich! Ein leider nicht unrealistisches Szenario für die Sicherheit Österreichs, das unmittelbar eintreten kann.

/ Wer kann uns in solchen Situationen den notwendigen Schutz und die dringend benötigte Hilfe garantieren?

/ In der Erwartungshaltung der österreichischen Bevölkerung hat das Österreichische Bundesheer in solchen Szenarien entsprechenden Schutz zu gewährleisten. Tatsache ist allerdings, dass die Fähigkeiten unseres Heeres in den vergangenen Jahrzehnten durch fehlende Investitionen massiv eingeschränkt wurden. Der mittlerweile dramatische Fähigkeitsverlust des Bundesheeres hat massive Konsequenzen für Österreich: Der Schutz der Bevölkerung kann schon heute nur mehr sehr eingeschränkt gewährleistet werden. Ganz Österreich muss sich daher die

Frage stellen: Wie viel ist uns unsere Sicherheit wert? Was muss getan werden, damit wir uns im Falle des Falles wieder auf Schutz und Hilfe durch unser Bundesheer verlassen können?

/ Der vorliegende umfassende Bericht „Unser Heer 2030“, der von Experten des Bundesheeres aller Fachbereiche und Ebenen gemeinsam in den letzten Monaten erarbeitet wurde, gibt darauf fundierte Antworten. Er zeigt klar auf, welche neuen und zusätzlichen Bedrohungen unsere Sicherheit gefährden, wie unser Bundesheer dafür aufgestellt und ausgerüstet sein muss und welche Investitionen dafür nötig sind.

Mit seinen konkreten Empfehlungen, die an politische Entscheidungsträger gerichtet sind, zeigt der Bericht die erforderliche Weiterentwicklung des Österreichischen Bundesheeres auf.

/ Dass wir uns generell deutlich mehr um unsere Sicherheit kümmern müssen, steht außer Frage: Aufgrund der konfrontativen geopolitischen Entwicklungen und den bereits jetzt spürbaren großen Herausforderungen des Klimawandels werden im kommenden Jahrzehnt die Gefahren für die österreichische Bevölkerung zunehmen und dabei auch deutlich komplexer werden.

Die Bandbreite reicht von Naturkatastrophen größeren Ausmaßes bis zur konkreten terroristischen Bedrohung und Angriffen auf unsere kritischen Infrastrukturen. Mit dem Wandel der Bedrohungen muss sich auch unser Heer selbst weiterentwickeln. So wird das Bundesheer angesichts der neuen Bedrohungslage künftig vermehrt im urbanen Gebiet eingesetzt werden und muss daher eng mit Polizei, Rettungsorganisationen, Betreibern kritischer Infrastrukturen und anderen Akteuren auf Bundes-, Landes-, Bezirks- und Gemeindeebene zusammenarbeiten.

/ Die erforderlichen militärischen Fähigkeiten reichen von Spezialisten zur Cyber-Abwehr über rasch verfügbare und mobile Kräfte für unmittelbare Reaktionen bis zur Mobilmachung, um in ausreichender Stärke den Schutz der österreichischen Bevölkerung und der kritischen Infrastrukturen sowie die Sicherung unserer Grenzen gewährleisten zu können.

/ Auch unsere Beiträge im Rahmen des internationalen Krisenmanagements erfordern eine zeitgemäße Ausrüstung des Österreichischen Bundesheeres zur Sicherstellung der Auftragserfüllung und zum Schutz des Lebens seiner Soldatinnen und Soldaten.

/ Diese Einsätze sind ein Beitrag zu mehr internationaler Stabilität und dienen damit auch unserer eigenen Sicherheit.

/ Angesichts der überaus fordernden Rahmenbedingungen gilt mein Dank allen Soldatinnen und Soldaten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich trotz der mangelhaften Rahmenbedingungen mit großer Motivation und hohem Engagement für den Schutz der österreichischen Bevölkerung einsetzen.

/ Was ist uns allen Schutz und Hilfe wert?

Ihr Thomas Starlinger



Der Investitionsbedarf für die Sicherheit Österreichs

(Auszug aus dem Papier „Unser Heer 2030 – die Antwort auf künftige Bedrohungen“)

Eine zeitgemäße Landesverteidigung bedarf einer entsprechenden finanziellen Dotierung. Hier bietet der internationale Vergleich ein aufschlussreiches Bild. Der Anteil des Verteidigungsbudgets an den Gesamtausgaben der Republik und am Bruttoinlandsprodukt er-

scheint im internationalen Vergleich dramatisch gering. Diese finanzielle Dotierung lässt eine vollumfängliche Landesverteidigung nicht zu und ist weder dazu geeignet, den Verpflichtungen eines neutralen Staates nachzukommen, noch einen adäquaten solidarischen Beitrag zur Gemeinsamen

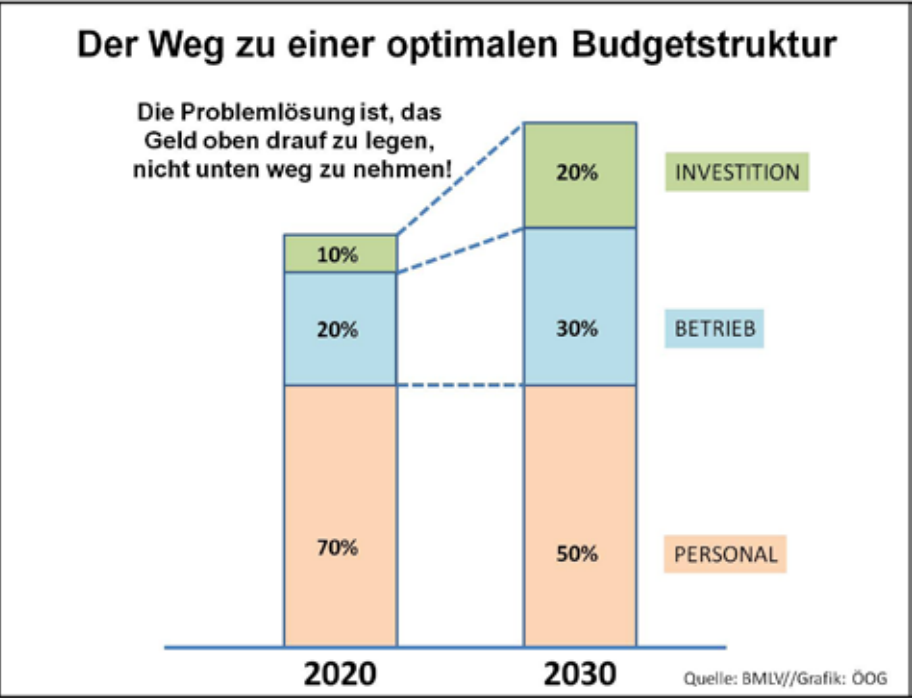
Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu leisten.

/ Österreich hat sich beim Beitritt zur Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) im Jahr 2004 und zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) im Jahr 2017 zu höheren und kontinuierlich steigenden Investitionen in seine Streitkräfte verpflichtet. Bei allen Beurteilungen im Hinblick auf die Entwicklung des Budgetrahmens für das ÖBH darf neben der jedenfalls notwendigen, bedarfsbegründeten Steigerung die Inflationsrate nicht außer Acht gelassen werden.

/ Das Budget des ÖBH betrug im Jahr 2010 2,12 Milliarden Euro. Der Bundesfinanzrahmen sieht für das Jahr 2021 ein Budget von 2,14 Milliarden Euro vor. Berechnet man eine Inflationsrate von zwei Prozent, so müsste das Budget alleine dadurch auf 2,63 Milliarden Euro gestiegen sein und läge damit um 500 Millionen Euro über dem geplanten Wert im Finanzrahmen.



Die Landesverteidigung wurde nicht am gesamtstaatlichen Erfolg beteiligt.



Sollte es zu keiner Erhöhung des Verteidigungsbudgets kommen, bleibt der Anteil der Personalkosten bei steigender Tendenz deutlich zu hoch. Personalreduktion ist keine sinnvolle Option, wenn die Aufgaben gleich bleiben!

/ Das verdeutlicht den realen Kaufkraftverlust für das ÖBH.

Betrieb und Neuinvestition

Die wesentliche Aufgabe des ÖBH im Frieden ist das Herstellen und Erhalten der ausbildungsmäßigen und materiellen Einsatzbereitschaft der Soldatinnen und Soldaten sowie der Durchhaltefähigkeit und Reaktionsfähigkeit als Gesamtorganisation.

/ Insgesamt ist festzuhalten, dass das ÖBH über ein deutlich erhöhtes Regelbudget verfügen muss, um effek-

tiv und ohne Risiko für die Bevölkerung und die Soldatinnen und Soldaten eine zeitgemäße militärische Landesverteidigung sicherstellen zu können. Das entspricht im Jahr 2030 ca. ein Prozent des BIP.

/ Bereits im Appell des Generalstabschefs wurde darauf hingewiesen, dass schon jetzt bloß für den Erhalt der aktuell im ÖBH bereits sehr eingeschränkt verfügbaren Fähigkeiten im Jahre 2019 ein Budget von 2,6 Milliarden Euro notwendig ist. Da tatsächlich nur 2,3 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, setzt sich der Substanzverlust weiter fort.

/ Sollte es zu keiner Erhöhung des Verteidigungsbudgets kommen, bleibt der Anteil der Personalkosten bei steigender Tendenz deutlich zu hoch.

/ Der derzeitige Bundesfinanzrahmen sieht für 2021 ein Budget von ca. 2,15 Milliarden Euro vor und würde daher Personalkosten in Höhe von 1,075 Milliarden Euro zur Folge haben, um die Maßgabe von 50 Prozent am Budget zu erreichen. Daher müssten 425 Millionen Euro an Personalkosten eingespart werden. 100 Beschäftigte kosten etwa fünf Millionen Euro pro Jahr. Um die erforderliche Einsparung darzustellen, wären 8.500 der 21.500 vollbeschäftigt Bediensteten abzubauen, ein Drittel der

Friedensorganisation aufzulösen und ebenso jeder dritte Standort in Österreich zu schließen.

/ Es muss aber deutlich darauf hingewiesen werden, dass diese Reduktion nur durch natürlichen Abgang erzielbar ist und zumindest zehn bis 15 Jahre dauern würde. In dieser Zeit muss dennoch Personal aufgenommen werden, um das ÖBH funktionsfähig zu erhalten.

/ Der Investitionsbedarf in die Ausrüstung bleibt unverändert hoch, dieser berechnet sich aus der Mobilmachungsstärke von 55.000 Soldaten und nicht aus der präsenten Organisation. In die verbleibende Infrastruktur muss mit einem deutlichen Investitionsschub den Konsequenzen der Zusammenlegung von Unterkünften, Lagern und Werkstätten auf wenige Standorte Rechnung getragen werden. Insgesamt bedeutet das, dass für eine derartige Umstrukturierung innerhalb der nächsten beiden Legislaturperioden auch mehr Mittel bereitzustellen wären, als derzeit im Bundesfinanzrahmen vorgesehen ist.

/ Vor allem würde das ÖBH dabei sehr bald folgende politisch geforderten und von der Bevölkerung erwarteten durch Präsenzkräfte zu erbringende Fähigkeiten verlieren:

- 12.500 Soldaten für Katastropheneinsätze (davon 1.000 innerhalb von 24 Stunden),
 - 2.200 Soldaten für sicherheitspolizeiliche Assistenzeinsätze an unseren Grenzen,
 - 1.100 Soldaten für die Auslandseinsätze,
 - 300–500 Soldaten als Reserven für das internationale Krisenmanagement sowie auch
 - die unabdingbare, bedrohungsgerechte rasche Reaktionsfähigkeit am Beginn einer Schutzoperation
- durchhaltefähig und unter Berücksichtigung des Gleichzeitigkeitsbedarfes bereitstellen zu können.

Es gäbe in einem solchermaßen minimierten ÖBH keine einsatzbereiten Einheiten für eine Erstreaktion mehr. Jede Auftragserfüllung bedürfte der Mobilmachung geeigneter Verbände.

/ Darüber hinaus wäre bei Kaserenschließungen mit einem hohen



Der österreichische Weg gegen den europäischen Trend

regionalpolitischen Widerstand zu rechnen.

Sonderinvest ist keine Lösung

Aufgrund der jahrzehntelangen Unterdotierung mussten notwendige Beschaffungen, Upgrades und lebenszeitverlängernde Maßnahmen bestehender Systeme aufgeschoben werden, wodurch sich eine „Bugwelle“ von ca. zehn Milliarden Euro Investitionsrückstau aufgebaut hat.

/ In den vergangenen Jahren wurden die notwendigsten Investitionen über Sonderinvestitionspakete abgedeckt.

/ Hier handelt es sich um die Lösung von besonders wichtigen, aber in der Regel punktuellen Einzelproblemen, die den Gesamtzustand vernachlässigen, aber nach außen den Eindruck erwecken, dass das ÖBH ausreichend dotiert wäre.

/ Beispielsweise sei hier angeführt, dass zur Wiedererlangung der allgemeinen Mobilität der Verbände die Anschaffung von Fahrzeugen im Wert von ca. 600 Millionen Euro notwendig wäre. Für die Jahre 2019/20 wurde ein Sonderfinanzierungspaket „Mobilität“ von insgesamt 30 Millionen Euro, das sind fünf Prozent des Bedarfes, genehmigt.

Beschaffungen erfordern Zeit

Beschaffungen bei Ausrüstung, Fahrzeugen, Waffen und sonstigen Gütern können – je nach Marktsituation und Vergabeverfahren – mehrere Jahre dauern. Auch bei größeren Investitionen im Bereich der Infrastruktur sind mindestens drei bis fünf Jahre von

Güter sollten kontinuierlich produziert werden und nicht in Wellen.

- Jede Beschaffung führt zusätzlich zu
- einer erhöhten jährlichen Basisleistung von bis zu fünf Prozent des Anschaffungswertes, da moderneres Gerät in der Regel technologisch hochwertiger und in der Nutzung somit aufwändiger ist,
 - einer Anpassung der Infrastruktur (z. B. Garagen, Werkstätten),
 - unterstützenden Maßnahmen (z. B. Ausbildung von Fachpersonal, Bildung Gerätesätze, Adaptierungen von kompatiblen Geräten etc.) und zumeist auch
 - angepassten und in der Regel höheren Personalkosten.

Es ist auch zu beachten, dass die zunehmende Digitalisierung und

Bundespräsident der Republik Österreich und Oberbefehlshaber des Österreichischen Bundesheers, Dr. Alexander van der Bellen – 2018

„In Anbetracht der derzeitigen Budgetentwicklung wird in den nächsten Jahren eine rote Linie überschritten werden, nämlich die der Einsatzbereitschaft. Fehlende Ressourcen gefährden nicht nur die Aufgabenerfüllung, sondern auch das Leben der Soldatinnen und Soldaten bei ihren Einsätzen.“ (anlässlich der Rede zur Angelobung am 26. Oktober 2018 in Wien)

VERSICHERUNGSANGEBOTE FÜR BUNDESHEERBEDIENTESTE UND IHRE ANGEHÖRIGEN.

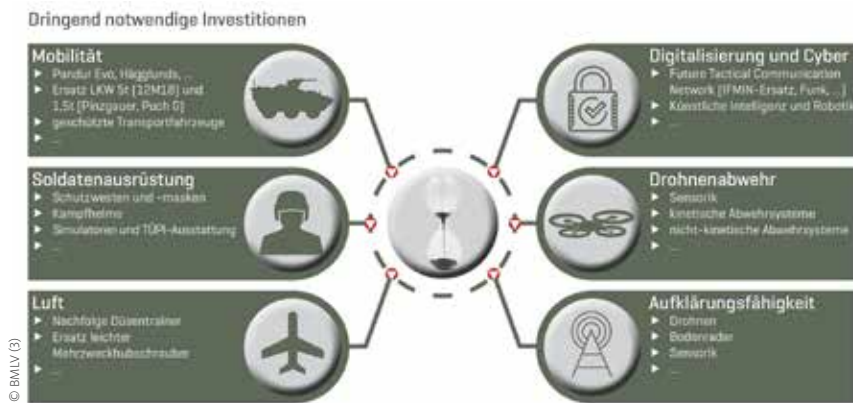


TEAM BUNDESHEER

Versicherungsexperte Stephan PAUL
Tel.: 050 350 90 - 21567
Fax: 050 350 99 - 21567
E-Mail: s.paul@wienersaetdtische.at
1210 Wien, Am Spitz 10 (Eingang Schwaigergasse)

wienersaetdtische.at
IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

WIENER STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP



Das ÖBH muss in den nächsten Jahren in allen Waffengattungen einen erheblichen Investitionsrückstau abbauen und sich gleichzeitig weiterentwickeln.

der höhere technologische Standard des Geräts kürzere Wartungs- und Überprüfungsintervalle bedingt. Technisch anspruchsvolle Wartungsarbeiten, wie sie bei den Luftstreitkräften seit Langem üblich sind, haben auch beim Gerät der Landstreitkräfte Einzug gehalten. Die technische Ausstattung der Werkstätten und Instandsetzungseinrichtungen sowie auch die Ausbildung des Wartungspersonals müssen an diese gesteigerten technischen Standards angepasst werden.

Durchhaltefähigkeit und Autarkie

Die Durchhaltefähigkeit des ÖBH ist derzeit als äußerst gering zu beurteilen. Die Bevorratung bei Verpflegung, Treibstoffen und Munition ist aufgrund der ständigen Kürzungen der letzten beiden Jahrzehnte stark eingeschränkt. Die Truppen verfügen kaum mehr über eigene Fahrzeuge und Kasernen nur vereinzelt über autarke Energie- und Wasserversorgung. Im Einsatzfall sind viele Truppen des ÖBH damit heute kaum mehr in der Lage, rechtzeitig den Auftrag zum Schutz der Österreicherinnen und Österreicher zu erfüllen. Für das gesamte ÖBH ist angesichts der Bedrohungen eine Autarkie von zumindest 14 Tagen erforderlich.

Infrastruktur

Angesichts der aktuellen Bedrohungen muss das ÖBH im Sinne kurzer Wege im gesamten Bundesgebiet stationiert sein. Daher müssen die Kasernen und Liegenschaften auch erhalten werden. Eine Reduktion der Standorte des ÖBH führt nicht nur zur Ausdünnung in den Regionen, sondern auch zu einer ver-

minderten Reaktions-, Wirkungs- und Durchhaltefähigkeit.

/ Dies hätte auch nachhaltig negativen Einfluss auf die gesamtstaatlichen Reaktionsmöglichkeiten im Falle von destabilisierenden Ereignissen.

/ Durch die jahrelange unzureichende Dotierung des Baubudgets im BMLV ergab sich ein 2017 erhobener Investitionsrückstau in der Höhe von ca. 1,7 Milliarden Euro. Ausgehend von einem errechneten Neuwert des gesamten Infrastrukturvermögens – dieses wird mit ca. 7,6 Milliarden Euro beziffert – waren allein ca. 150 Millionen Euro (2 % des Substanzwertes) jährlich für den Erhalt aufzuwenden. Darüber hinaus bedarf es für Generalsanierungen, Neubauten und den Abbau des Investitionsrückstaus ca. hundert Millionen Euro pro Jahr. Mit dem derzeit zur Verfügung stehenden Baubudget ist weder eine zeitgemäße Erhaltung der Infrastruk-

tur noch die Investition in notwendige Neubaumaßnahmen realisierbar.

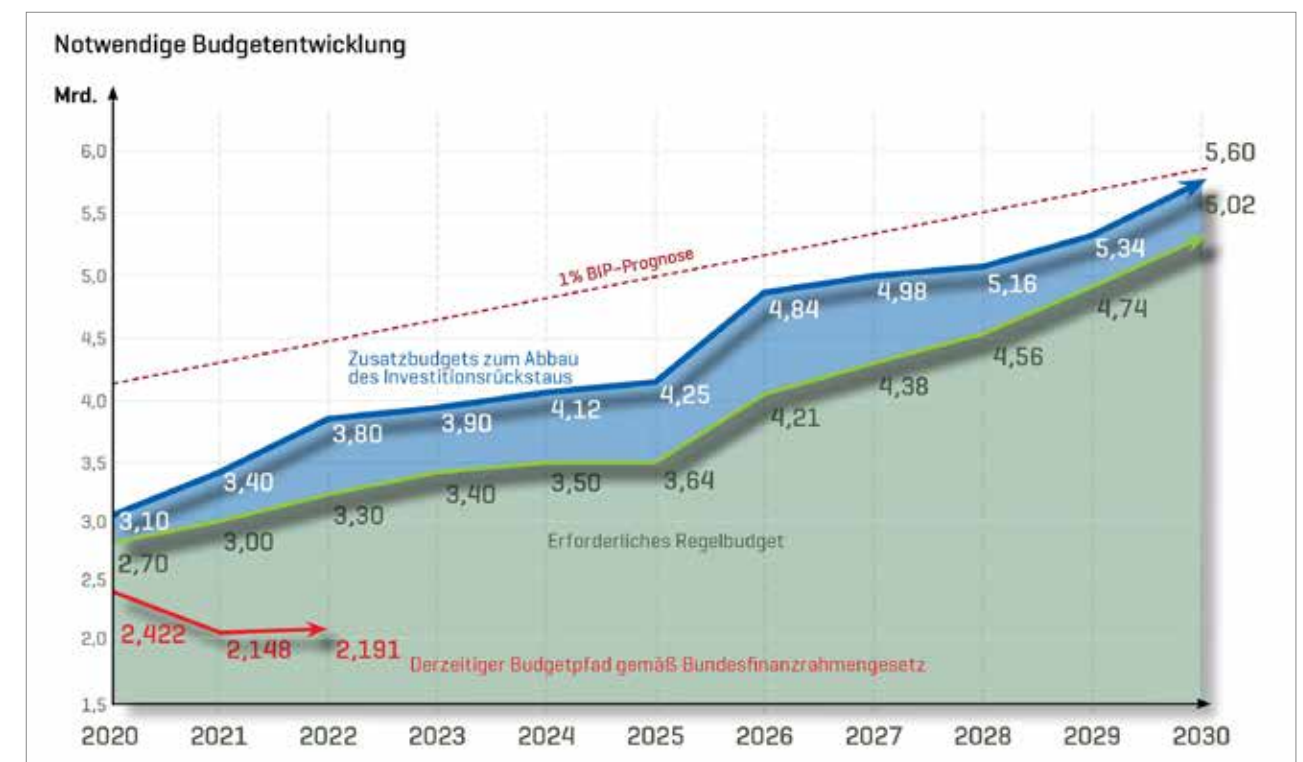
Ausrüstung

Damit der Auftrag erfüllt werden kann, brauchen die Soldatinnen und Soldaten des ÖBH eine ausreichende Anzahl an Fahrzeugen und Ausrüstungsgegenständen. Das ÖBH verfügt derzeit für die militärische Landesverteidigung über praktisch keine Reaktionsfähigkeit, da diese eine Vollausrüstung mit Fahrzeugen und Geräten und eine entsprechende personelle Verfügbarkeit voraussetzen würde.

/ Die aktive Luftraumüberwachung ist aus Einsparungsgründen (Reduktion der Anzahl der ursprünglich geplanten Flugzeuge und auch der Flugstunden sowie Leistungsreduzierung der verbliebenen Flugzeuge) nicht in der Lage, rund um die Uhr, an jedem Tag des Jahres ihren Auftrag zu erfüllen. Der österreichische Luftraum wird daher überwiegend nur passiv durch militärische Radareinrichtungen überwacht. Verletzungen der Lufthoheit oder Anschläge aus der Luft können in diesem Zeitraum erfasst, aber nicht durch Landeszwang oder einen Abfangeinsatz verifiziert bzw. durch Waffengebrauch unterbunden werden. Dieser Zustand kann nur durch eine Erhöhung der Mittel für Flugstunden und mehr verfügbare Flugzeuge in einer zeitgemäßen



Auch für die Wirtschaft ist ein langfristiges, planbares Beschaffungsvolumen von Vorteil und erlaubt die gleichmäßige Auslastung von Produktionskapazitäten.



Die Erhöhung des Verteidigungsbudgets auf drei Milliarden Euro in Verbindung mit dessen schrittweiser Anhebung auf ein Prozent des BIP bis 2030 wird als prioritär gesehen.

technischen Konfiguration verbessert werden. Dies schließt jedenfalls die Fähigkeit zum Nachtkampf und Selbstschutz mit ein.

/ Die Abwehr von Bedrohungen aus der Luft verlangt zusätzlich die Entwicklung und Beschaffung einer effektiven Drohnenabwehr. Einfliegende Klein- und Kleinstobjekte müssen sowohl kinetisch als auch elektromagnetisch neutralisiert werden können.

/ Im Cyberspace muss der Stand der Technik erreicht werden. Dazu muss das ÖBH sowohl bei Personal, Betrieb und Neuinvest große Anstrengungen unternehmen. Die Konkurrenz mit dem zivilen Arbeitsmarkt ist besonders im Personalbereich sehr groß. In einer Schutzoperation gewinnt das Informationsumfeld an Bedeutung. Der Kampf um die Deutungshoheit von Informationen wird permanent geführt. Das ÖBH hat hier derzeit kaum Fähigkeiten verfügbar und daher großen Aufholbedarf.

Landesverteidigung erfordert Mittel

Das ÖBH muss in den nächsten Jahren in allen Waffengattungen einen erheblichen Investitionsrückstau ab-

Bundespräsident der Republik Österreich und Oberbefehlshaber des Österreichischen Bundesheers, Dr. Alexander van der Bellen – 2019

„Unser Bundesheer trägt wesentlich zur Gewährleistung unserer staatlichen Souveränität, zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und der kritischen Infrastruktur, zur gesamtstaatlichen Handlungsfähigkeit in Krisensituationen sowie zum Schutz der Bevölkerung, auch im Katastrophenfall, bei.

/ Ich habe bereits mehrfach darauf hingewiesen und ich tue es noch einmal, dass diese Fähigkeiten durch eine ausreichende Ressourcenzuweisung gewährleistet werden muss. Denn unsere Soldatinnen und Soldaten verdienen die bestmögliche Ausrüstung für ihre Einsätze.“ (Anlässlich der Rede zur Angelobung am 26. Oktober 2019 in Wien)

bauen und sich gleichzeitig weiterentwickeln, um die Aufgaben einer Schutzoperation erfüllen zu können. Bei den sofort einzuleitenden Beschaffungen ist mit folgenden Bereichen zu beginnen, um die bestehenden Risiken zu minimieren:

- zeitgemäße Ausstattung und Selbstschutz der Soldatinnen und Soldaten
- Digitalisierung und Cyber
- Drohnenabwehr
- Aufklärungsfähigkeit

- Nachfolge Düsenstrainer und leichter Mehrzweckhubschrauber
- geschützte und ungeschützte Mobilität

(Quelle: „Unser Heer 2030 – die Antwort auf künftige Bedrohungen“; amtliche Publikation der Republik Österreich – Bundesminister für Landesverteidigung – www.bundesheer.at/archiv/a2019/unserheer2030/pdf/zustandsbericht_unserheer2030.pdf)

Einstellung der Bevölkerung zur Sicherheitspolitik und dem Image des Bundesheeres – eine Analyse

Im Sommer dieses Jahres wurde das market®-Institut durch das BMLV beauftragt, eine Analyse der Einstellung der Bevölkerung zur Sicherheitspolitik in Österreich und zum Image des Bundesheeres durchzuführen. Ziel des Forschungsprojektes war die Auslotung der Einstellung der österreichischen Bevölkerung zum Thema Sicherheit in Österreich, in Europa, aber auch weltweit. Gleichzeitig wurden mögliche Bedrohungsszenarien abgefragt.

Darüber hinaus wurde auch das Interesse an der Politik in Österreich allgemein und der Verteidigungspolitik im Besondern angefragt, aber auch Einstellungen zu Russland und den USA, zur NATO sowie das Wissen und die Akzeptanz verschiedener (Auslands-)Einsätze des Bundesheeres. Ein weiterer Themenbereich war die Einstellung der Bevölkerung in Österreich zum Bundesheer, die Akzeptanz des Bundesheeres, seine Aufgabenbereiche und seine Wichtigkeit für die Bevölkerung auch im Umfeld anderer Organisationen, wie zum Beispiel Polizei, Rettung und Feuerwehr, aber auch

das Thema Frauen im Bundesheer, die Dauer des Präsenzdienstes und auch das Thema Finanzierung.

Befragt wurden 1.412 Personen, 687 Männer (49 %) und 725 Frauen. Die befragten Personen entsprachen in ihrer Zusammensetzung, in quotierten und nicht quotierten Merkmalen, der österreichischen Bevölkerung ab 15 Jahren. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse verallgemeinert werden dürfen.

Nachstehend die verbalisierten Ergebnisse in verkürzter Darstellung.

Außen- und Sicherheitspolitik

Die weltweite Sicherheitslage wird aus Sicht der österreichischen Bevölkerung als eher unsicher bewertet. Nur 15 Prozent der Befragten stufen die Sicherheitslage weltweit als sehr sicher oder sicher ein.

Frauen und ältere Personen sind deutlich häufiger der Meinung, dass die Lage weltweit weniger sicher ist. Die Sicherheitslage der Republik Ös-

terreich hingegen wird von 76 Prozent der Befragten als sehr sicher oder sicher gesehen. Nur sieben Prozent meinen, dass die Lage in Österreich eher unsicher oder sehr unsicher ist.

Männer sind zuversichtlicher als Frauen. Interessant ist auch, dass das Sicherheitsgefühl unter den sehr jungen, aber auch unter den älteren Personen am geringsten ist.

36 Prozent der österreichischen Bevölkerung fühlen sich persönlich sehr sicher und weitere 45 Prozent sicher. Fünf Prozent fühlen sich allerdings eher unsicher oder sogar sehr unsicher (s. Bild 1). Personen mit Migrationshintergrund fühlen sich etwas häufiger unsicher.

Durch den Klimawandel, steigende Preise, Fake News, aber auch die unzureichende Finanzierung im Alter, Fremdenfeindlichkeit und einen möglichen Störfall in einem Atomkraftwerk fühlt sich die Mehrheit der Österreicher bedroht. Ein Krieg in Europa macht immerhin zwölf bis 34 Prozent Sorgen.

Die Verantwortung Österreichs auf internationaler Ebene hat sich aus Sicht des Großteils (46 %) der Österreicher in den letzten Jahren nicht verändert. Dennoch sind 35 Prozent der Meinung, dass die Verantwortung Österreichs deutlich oder eher zugenommen hat.

Knapp zwei Drittel der Bevölkerung sprechen sich für die Involvierung Österreichs in die internationale Politik aus. Jeder Dritte ist der Meinung, Österreich sollte sich da lieber heraushalten.

Diplomatische Verhandlungen und Entwicklungshilfe sollten am ehesten für die Außen- und Sicherheitspolitik eingesetzt werden.

69 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass sich Österreich bei internationalen Krisen mit seinen Verbündeten auf eine gemeinsame Haltung einigen soll.

53 Prozent vertreten die Meinung, dass wirtschaftliche Macht wichtiger

ist als militärische Macht. Krieg wird nur von jedem Zehnten als notwendig gesehen.

Die Neutralität Österreichs ist der Mehrheit der Bevölkerung sehr wichtig (79 %).

63 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die EU eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben soll.

32 Prozent sind der Meinung, dass die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren hat, weil die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene Verteidigungsstrukturen aufbauen. Für 45 Prozent hingegen bleibt die NATO das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten.

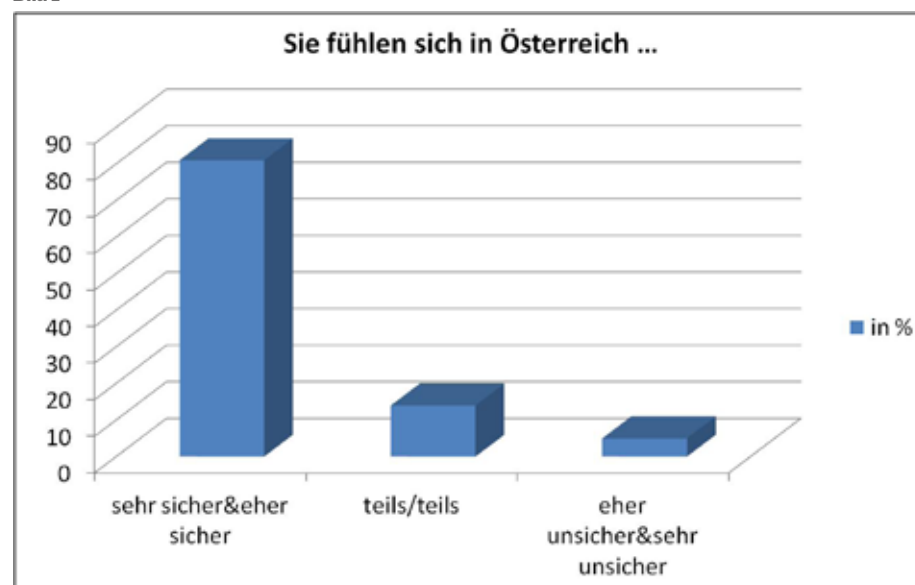
Männer und Personen mit Migrationshintergrund sind häufiger der Meinung, dass die NATO ihre Funktion verloren hat.

39 Prozent der Österreicher sprechen sich für nationale Streitkräfte aus, die im europäischen Rahmen eng zusammenarbeiten. Knapp jeder Vierte wünscht sich parallel zu den nationalen Streitkräften eine dauerhafte europäische Armee und 15 Prozent sind für eine gemeinsame europäische Armee. Personen mit Migrationshintergrund sprechen sich häufiger für eine gemeinsame europäische Armee aus.

44 Prozent der Bevölkerung sehen in der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands keine Bedrohung für Österreich. Aber 31 Prozent machen sich Sorgen, dass es erneut zu einem Kalten Krieg kommen könnte. Jeder Vierte meint, dass Österreich mehr Verständnis für die Position Russlands haben sollte.

Jeder Zweite sieht in der Außen- und Sicherheitspolitik der USA eine Bedrohung für den Zusammenhalt der NATO. 29 Prozent sehen in der Außen- und Sicherheitspolitik der USA

Bild 1



INTEROPERABLE
EINSATZERPROBTE

C4I
SOFTWARE

STATIONÄR
VERLEGEFÄHIG
MOBIL

www.systematic.com/lagedienst

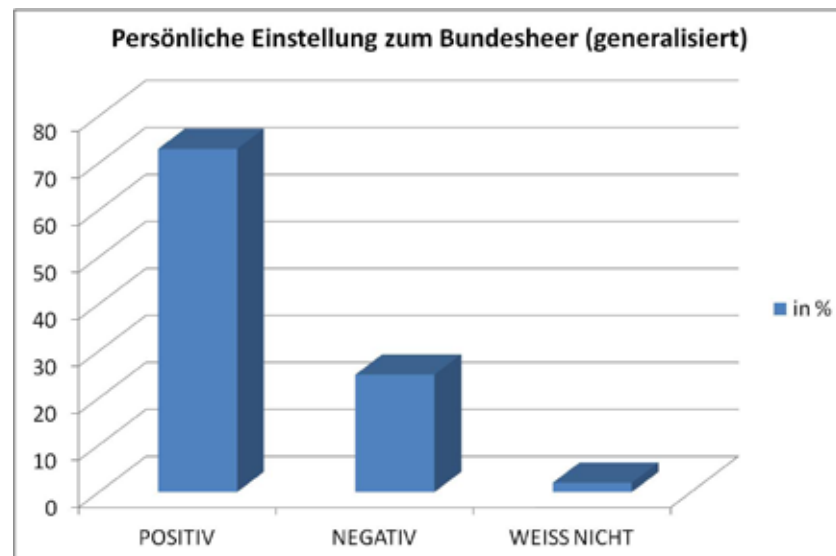


Bild 2

keine Bedrohung für Österreich (deutlich weniger als bei derselben Frage mit Russland). 59 Prozent lehnen es ab, mehr Verständnis für die Position der USA zu haben.

Einstellung, Image und Aufgabenbereich des Bundesheeres

Wenn die Österreicher Bundesheer hören, dann denken sie vor allem an „Katastrophenhilfe“. Aber auch „Geldnot“, „überaltert“ und „Negatives“ sowie „sinnlos“ oder „unnötig“ werden mit dem Heer assoziiert.

/ 73 Prozent der österreichischen Bevölkerung haben eine eher positive Einstellung zum Bundesheer. Denen stehen 25 Prozent gegenüber, die eine eher negative Einstellung haben (s. Bild 2).

/ Für jeden Dritten ist das Bundesheer sehr wichtig und für weite 32 Prozent ist es wichtig. Eher unwichtig und unwichtig ist es für zwölf Prozent der Bevölkerung.

/ Bei 44 Prozent der Bevölkerung hat das Bundesheer ein sehr hohes bzw. eher hohes Ansehen. Ein eher geringes oder geringes Ansehen hat es bei 23 Prozent.

/ Bei Personen bis 29 Jahren hat das Bundesheer deutlich häufiger ein (eher) geringeres Ansehen.

/ Während 44 Prozent angeben, dass das Bundesheer bei ihnen persönlich ein eher gutes Ansehen hat, haben deutlich weniger Personen das Gefühl, dass das Bundesheer in der Bevölkerung hohes Ansehen genießt. Personen

mit Migrationshintergrund vermuten ein höheres Ansehen des Bundesheeres in Österreich als Personen ohne Migrationshintergrund.

/ 56 Prozent der Bevölkerung bringen dem Dienst der Soldaten volle oder ein hohes Maß an Anerkennung entgegen. Weitere 31 Prozent bringen ein mittleres Maß an Anerkennung entgegen und schließlich geben elf Prozent an, dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten kaum oder keine Anerkennung entgegenzubringen.

/ Das Ausmaß an Anerkennung gegenüber der Soldatinnen und Soldaten korreliert mit dem Alter: Je älter die Personen sind, desto häufiger bringen

sie den Soldatinnen und Soldaten Anerkennung entgegen.

/ Deutlich geringer wird die entgegengebrachte Anerkennung in Österreich eingeschätzt: Nur 28 Prozent sind der Meinung, dass in Österreich den Soldatinnen und Soldaten volle oder ein hohes Maß an Anerkennung entgegengebracht wird.

/ Ältere Personen und Personen mit geringer Bildung sind etwas häufiger dieser Meinung.

/ Besonders positiv wird die Leistung des Bundesheeres bei seinen Einsätzen im Inland bewertet. Aber auch die Einsätze im Ausland und das öffentliche Auftreten der Soldatinnen und Soldaten werden von der Bevölkerung positiv bewertet.

/ Jeweils 99 Prozent der Bevölkerung vertrauen der Feuerwehr und der Rettung. Es folgen die Polizei, das Bundesheer, die Gerichte und die öffentlichen Schulen.

/ Der Hauptgrund, warum dem Bundesheer vertraut wird (s. Bild 3), ist die gute bzw. rasche Arbeit im Katastrophenschutz.

/ Jene hingegen, die dem Bundesheer weniger oder nicht vertrauen, geben als Grund an, dass das Bundesheer sinnlos sei bzw. die Soldatinnen und Soldaten nichts könnten.

Bild 3

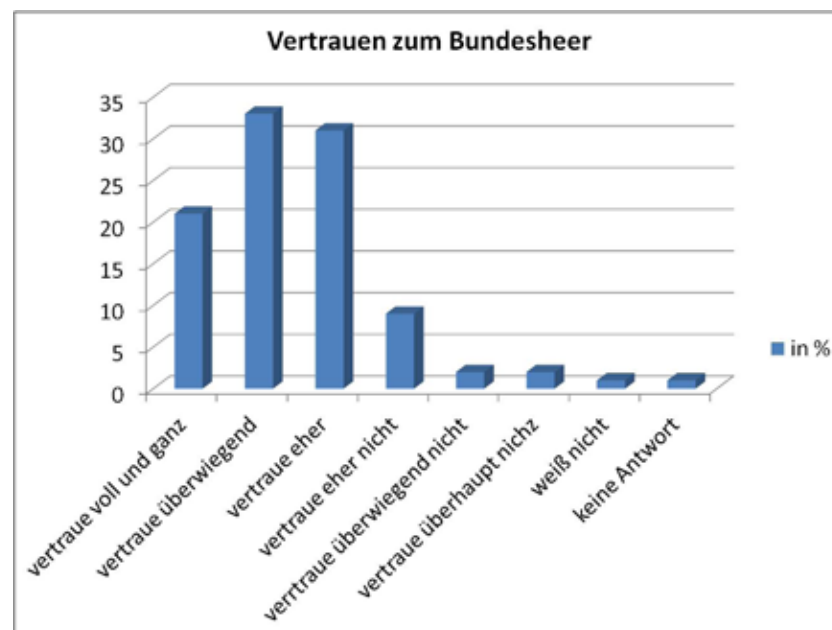


Bild 4

Grundsätzlich wird das Bundesheer eher wenig wahrgenommen, aber wenn, dann vorrangig durch Berichte in den Zeitungen oder Zeitschriften oder im Fernsehen. Eher seltener fällt das Bundesheer im Alltag, im Radio oder im Internet auf.

/ Dabei fällt das Bundesheer – unabhängig in welchem Medium – eher positiv auf, dennoch sind die Auftritte weiter verbesserungsfähig.

/ Aus Sicht der Bevölkerung unternimmt das Bundesheer zu wenig, um mit der Bevölkerung in Kontakt zu bleiben.

/ Vor allem in Wien ist man der Meinung, dass das Bundesheer zu wenig unternimmt, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben.

/ Gut drei Viertel der Bevölkerung stimmen der Aussage zu, dass es selbstverständlich ist, dass Österreich eigene Streitkräfte hat. Für 82 Prozent ist das Bundesheer ein ganz normaler Bestandteil der Bevölkerung.

/ Grundsätzlich wird wenig gegen oder für das Bundesheer unternommen.

/ Frauen und Bundesheer sind kein Widerspruch: Nur gut ein Fünftel kann es sich schwer vorstellen, von einer Soldatin mit einer Waffe in der Hand verteidigt zu werden. Knapp jeder Zweite ist der Meinung, dass durch die Frauen im Heer das Bundesheer insgesamt an Sympathie gewonnen hat.

/ Das Bundesheer sollte aus Sicht der Bevölkerung weniger als Streit- oder Kriegsmacht eingesetzt werden. Hauptaufgaben sollen die Versorgung

von Opfern bei Naturkatastrophen, die Evakuierung von österreichischen Staatsbürgern und die Verteidigung unseres Landes sein.

/ Das Bundesheer sollte nach Wunsch der österreichischen Bevölkerung vorrangig für die Katastrophenhilfe eingesetzt werden. So sehen es 95 Prozent der Bevölkerung. Aber auch Vermisstensuche, Flugraumüberwachung und Schutz vor Terror sowie Grenzschutz sollten Aufgabenbereiche des Bundesheeres sein.

/ 61 Prozent der Bevölkerung sprechen sich für die Erhöhung der Ausgaben für die Landesverteidigung aus, 26 Prozent sind der Meinung, die Ausgaben sollten gleich bleiben und nur acht Prozent wünschen sich eine Verringerung (s. Bild 4).

/ Männer sprechen sich häufiger für eine Erhöhung der Ausgaben aus. Eine positive Korrelation besteht auch zwischen Alter und Budgeterhöhungswunsch: Je höher das Alter des Interviewten, desto häufiger ist er der Meinung, dass die Ausgaben erhöht gehören.

/ Knapp jeder Zweite spricht sich für eine Erhöhung der Zahl der Soldatinnen und Soldaten aus und jeder Dritte ist der Meinung, dass die Anzahl gleich bleiben soll. Immerhin sprechen sich 13 Prozent für eine Reduktion aus (s. Bild 5).

/ Auch hier sprechen sich Männer und ältere Personen häufiger für eine Erhöhung aus.

/ Aus Sicht der Bevölkerung sollten vorrangig die Staatsausgaben für den



Bild 5

Umweltschutz, die Bildung und die Gesundheit erhöht werden. Aber auch in Pensionen, in die Landesverteidigung und in die innere Sicherheit sollte mehr investiert werden.

/ Grundsätzlich weiß kaum jemand in der Bevölkerung über die Einsätze des Bundesheeres Bescheid. Nur die Balkaneinsätze sind 36 bzw. 25 Prozent der Bevölkerung näher bekannt.

/ Rund jeder Zweite, der von den Einsätzen des Bundesheeres gehört oder gelesen hat, stimmt den Einsätzen im Kosovo und in Bosnien zu. Für den Einsatz im Libanon spricht sich ein Drittel aus und gut ein Viertel für die Einsätze in Mali und Afghanistan.

/ Ähnlich hohe Zustimmung haben die Balkan-Einsätze auch von dem Anteil der Bevölkerung, die sich nicht näher über diese informiert haben.

/ Insgesamt ist das Informationsniveau der Bevölkerung, was die Auslandseinsätze des Bundesheeres betrifft, sehr gering. Nur 15 Prozent geben an, sehr gut oder gut informiert zu sein. Männer und ältere Personen geben häufiger an, über Auslandseinsätze informiert zu sein.

/ 52 Prozent stimmen der Aussage zu, dass sechs Monate Grundwehrdienst zu gering sind. Jüngere Personen stimmen dieser Aussage nur zu 34 Prozent zu (s. Bild 6).

/ 62 Prozent sind der Meinung, dass die Miliz für die umfassende Aufgabenerfüllung des Bundesheeres sehr wichtig oder wichtig ist. Frauen und jüngere Personen sehen seltener eine Notwendigkeit der Miliz (s. Bild 7).



Bild 6

staunlich ist, dass der Anteil der politikinteressierten Frauen bei 42 Prozent liegt, jener der Männer deutlich höher bei 68 Prozent.

Die Verteidigungspolitik interessiert allerdings nur gut jeden Fünften (21 %). Auch hier ist der Gap zwischen Männern und Frauen (32 zu 11 %) sehr hoch.

/ Im Bundesländervergleich zeigen die Wiener deutlich höheres Interesse an der Verteidigungspolitik.

/ 41 Prozent geben an, wenig über das Bundesheer zu wissen und nur 29 Prozent können verteidigungspolitische Fragen gut verstehen und einschätzen (s. Bild 8). Gering ist auch der Anteil jener, der sich in einer Gruppe, die sich mit verteidigungspolitischen Themen befasst, eine aktive Rolle einnimmt.

/ Insgesamt ist die Lebenszufriedenheit in Österreich sehr hoch: 78 Prozent sind gegenwärtig mit ihrem Leben sehr zufrieden oder zufrieden. Fünf Prozent hingegen eher unzufrieden oder sogar sehr unzufrieden. Männer, ältere Personen und Personen ohne Migrationshintergrund sind tendenziell zufriedener.

/ Eher in der Waage halten sich jene, die der Meinung sind, dass es in Österreich gerecht zugeht und jene, die eher der Meinung sind, dass es ungerecht zugeht. Frauen sind deutlich häufiger der Meinung, dass es in Österreich ungerecht zugeht.

Alle Grafiken: ÖOG auf Basis der Ergebnisse von market[®]-Institut

Bild 8



Persönliche Einstellung und Mediennutzung

Mit der Demokratie in Österreich sind 61 Prozent zufrieden. Da besteht deutlich Luft nach oben. Bedenklich ist der geringe Anteil an zufriedenen Frauen und Jugendlichen, der bei nur 56 Prozent liegt.

/ Interessant ist, dass der Anteil an Personen, die mit der Demokratie unzufrieden sind, im Süden deutlich höher ist. In Wien hingegen zeigt man sich zufriedener mit der Demokratie in Österreich.

/ Insgesamt sind zwei Drittel mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage zufrieden und weitere 27 Prozent bewerten ihre Lage mit teils gut/teils schlecht und mit eher schlecht bis sehr schlecht schließlich acht Prozent.

/ Wie zu erwarten war, sind Personen mit Migrationshintergrund deutlich häufiger unzufrieden, aber auch Frauen und die Altersgruppe der bis 29-jährigen schätzen ihre finanzielle Lage deutlich schlechter ein.

/ Tendenziell etwas mehr, also zwei Drittel der Österreicher, schätzen die wirtschaftliche Lage in Österreich als sehr gut bis gut ein. Männer und ältere Personen sehen die Wirtschaftslage etwas positiver.

/ Personen mit Migrationshintergrund urteilen auch hier kritischer als Personen ohne Migrationshintergrund.

/ Das Internet ist das am häufigsten genutzte Medium. Es folgen etwa gleichauf Fernsehen, Zeitungen und das Radio. Nur jeder zweite Österreicher interessiert sich für Politik. Er-

Bild 7

Kann man nicht oder will man nicht verstehen?

Ein Kommentar

Immer wieder drängt sich diese Frage auf, wenn man dilettantische, offensichtlich der politisch willfähigen Beliebigkeit entspringende Aussagen wie 4+2 oder vielleicht doch 5+1, aber auf keinen Fall 6+2 hört und dann den Hinweis auf andere Nationen bekommt, die im Unterschied zu Österreich ihre Soldaten ordentlich finanzieren, mit notwendiger quantitativer und qualitativer Ausrüstung für alle ausstatten. Nun hat sich Österreich 2013 klar zur Wehrpflicht bekannt, aber die Konsequenzen nicht gezogen, indem die einberufenen Staatsbürger ordentlich untergebracht, bewaffnet, ausgestattet, geschützt und bezahlt werden.

/ Wenn in Fragen der Organisation immer wieder die Schweiz als Vorbild genannt wird, sollte man auch die sogenannte Armeebotschaft 2019 lesen. So haben der Bundesrat und der Ständerat das Rüstungsprogramm (861 Mio. SFR), das Immobilienprogramm (414 Mio. SFR) und die Rahmenkredite für Armeematerial (762 Mio. SFR) verabschiedet, also in Summe über zwei Milliarden Schweizer Franken für Investitionen in die Schweizer Armee bereitgestellt. Wie kümmerlich nehmen sich da Ideen einzelner Österreicher aus, die glauben, durch Abbau von Personal und neuerlicher Umorganisation, natürlich ohne Bereitstellung der erforderlichen Mittel für einen Systemwechsel, den notwendigen Investitionsrahmen für Ausrüstung zu erwirtschaften. In der Schweiz wird der Betrag eines österreichischen Jahreswehrbudgets investiert und in Österreich scheinen eine jährliche Steigerung von 0,038 Prozent des BIP ein Problem zu sein.

/ Noch schnell ein Blick auf die auch mit Österreich aus unterschiedlichsten Gründen unvergleichbare Schweizer Armeestruktur: Den österreichischen sechs Monaten Grundwehrdienst (180 Tage) stehen verpflichtete 240 Tage Schweizer Wehrdienst gegenüber. Wenn man darüber hinaus berücksichtigt, dass sich die Gesamtübungspflicht zum Beispiel eines zu Kaderaufgaben verpflichteten schweizerischen Wachtmeisters im Bereich von 440 Tagen bewegt, nehmen sich die 300 Tage eines österreichischen Wachtmeisters des Milizstandes (inklusive Grundwehrdienst) als etwas unterdo-

tiert aus. Sonstige Steigerungen der vom Dienstgrad abhängigen Verpflichtungszeiträume sind hier noch gar nicht betrachtet. Schaut man sich jetzt noch die herumgeisternden, in den einsatz- und ausbildungsmäßigen Auswirkungen völlig unberechneten militärisch unsinnigen Modelle wie 4+2 oder 5+1 an, wird sichtbar, dass die erwartete Verbesserung der Einsatzfähigkeit nicht annähernd erreicht werden kann. Jene Vereinsexperten und andere Vertreter dieser Ideen, die sich in diesem Sinne äußern, müsste man fragen, wann sie das letzte Mal mit der Truppe zu tun hatten. Erst mit 6+2 könnte man an das viel zitierte Schweizer Vorbild herankommen, das sich jedoch historisch völlig anders entwickelt hat, als es in Österreich je erreichbar sein wird. Natürlich ist die Verfassung einzuhalten, aber wie durch wirkliche Experten festgestellt wird, ist das allein schon durch die quantitative völlige Abhängigkeit der Einsatzorganisation von der Miliz gegeben. Kein Gericht würde einer diesbezüglichen Klage stattgeben können, womit Forderungen, auch unter Bezug auf die Erläuterungen zur Verfassung, ins Leere gehen. Festgehalten sei auch, dass selbst bei Änderung der Organisationsstruktur nicht jene Mittel erwirtschaftet werden könnten, die man braucht, um nach jahrzehntelanger Aushungerung den derzeitigen Investitionsrückstau zu beseitigen und den Ersatz fehlenden Geräts, auch für die Miliz, zu finanzieren. Nachstehender Vergleich zeigt die Unsinnigkeit der Modellforderungen 4+2 oder 5+1. Die einzig wahre Lösung – wenn man schon die Schweiz zum Vergleich heranzieht – wäre, auch deren Gesamtdienstleistung und deren Budget als Maßstab zu nehmen. (ÖOG Red; hb)

Schweiz Rekrutenschule	Österreich GWD heute	Österreich Modell 4+2	Österreich Modell 5+1	Österreich Forderung 6+2
124 Tage	180 Tage	120 Tage	150 Tage	180 Tage
Übungspflicht 118 Tage	Übungspflicht keine	Übungspflicht 60 Tage	Übungspflicht 30 Tage	Übungspflicht 60 Tage
Summe 242 Tage	Summe 180 Tage	Summe 180 Tage	Summe 180 Tage	Summe 240 Tage

Was die Milchschaumkrone für die Wiener Melange ist die nationale Rüstungsindustrie für die nationalen Streitkräfte

HON. PROFESSOR BRIGADIER DR. HARALD PÖCHER

Stellen Sie sich vor, Sie gehen ins Wiener Café Central und freuen sich, beim Konsum des dort reichhaltigen Angebotes an Tageszeitungen auch eine perfekt zubereitete Wiener Melange¹ genießen zu können. Als der Ober den Kaffee serviert, sind Sie dermaßen in eine Tageszeitung vertieft, dass Sie, ohne aufzuschauen, die Kaffeetasse in die Hand nehmen und sie, ohne hinzusehen, zum Mund führen. Sie nehmen einen Schluck, es kommt Ihnen aber der Geschmack etwas sonderbar vor, die Wiener Melange schmeckt nicht so, wie Sie es gewohnt sind, nämlich abgerundet und fein, den Körper und Geist belebend. Sie schauen daher auf den Kaffee und stellen fest, es schwebt keine Milchschaumkrone über dem Kaffee.

/ Genauso wie zu Ihrer Wiener Melange die Milchschaumkrone gehört, gehört zu der nationalen Landesverteidigung eine nationale Rüstungsindustrie, denn die nationalen Streitkräfte entfalten nur dann ihre volle Wirkung, wenn sie von einer funktionsfähigen nationalen Rüstungsindustrie ohne Wenn und Aber unterstützt werden können. Blicken wir uns in Europa etwas um,

um das bisher Gesagte etwas aufzuheilen. Die großen Fünf (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien) haben alle eine nationalstaatliche Rüstungsindustrie, welche für alle Teilstreitkräfte Waffensysteme entwickelt und produzieren kann, beispielsweise Italien Leonardo und Fincantieri, Deutschland Krauss-Maffei-Wegmann, Rheinmetall und Thyssen oder Spanien General Dynamics Land Systems (GDELS), Santa Bárbara Sistemas, Airbus Defence and Space, den IT-Anbieter Indra Sistemas S.A., die Marinewerften Navantia S.A., Munition- und Sprengmittelhersteller Explosivos Alaveses, S.A. (Expal). In all diesen Ländern serviert die nationale Rüstungsindustrie auch die Rüstungsgüter während des Betriebes durch die Streitkräfte.

/ Was für die großen Fünf zutrifft, trifft auch auf die kleineren Staaten in Europa zu. Vergleicht man Österreich mit den europäischen Staaten Finnland, Schweden und der Schweiz, welche in Bezug auf Wirtschaftskraft und Bevölkerung Österreich ähnlich sind, so fällt auf, dass die drei genannten Referenzstaaten über eine leistungsfähige Rüstungsindustrie verfügen, welche obendrein stark mit den nationalen Streitkräften kooperiert.

/ Die Schweiz verfügt über rund hundert Unternehmen, welche sich im Verbund der Swiss Avionics, Security and Defense Industry (ASD) befinden. Insgesamt beschäftigt der Industriezweig mehr als 10.000 Arbeitnehmer, davon allein 9.000 in der RUAG, die sich zu hundert Prozent im Staatsbesitz befindet. Weitere, auch hierzulande bekannte Unternehmen sind General Dynamics European Land Systems-Mowag, Pilatus Aircrafts, Rheinmetall Defence (ehemals Oerlikon) und Thales Schweiz. Die RUAG entstand aus

den ehemaligen Instandhaltungs- und Produktionsbetrieben der Schweizer Armee Elektronikunternehmung AG (Bern), Unternehmung für Flugzeuge und Systeme AG (Emmen), Unternehmung für Waffensysteme AG (Thun) und Munitionsunternehmung AG (Thun). Der Export von Rüstungsgütern betrug innerhalb der letzten zehn Jahre durchschnittlich rund 400 Millionen US-Dollar. Die Schweiz nimmt damit den elften Platz in einer Weltrangliste aller Rüstungsgüterexporteure ein. Innerhalb der Schweiz kam es im Laufe der letzten Jahre aber auch zu Diskussionen über die Rüstungsgüterexporte in Krisenregionen.

/ In Finnland gibt es rund 120 Unternehmen, zumeist klein- und mittelständische Betriebe, welche in der Association of Finnish Defence and Aerospace (AFDA) organisiert sind und bei denen rund 7.200 Arbeitnehmer direkt beschäftigt sind. Die bekanntesten davon sind für alle Teilstreitkräfte: Airbus Defence and Space Oy, Kongsberg Defence Oy (Elektronik, Kommunikation), Patria (Flaggschiff der finnischen Rüstungsindustrie mit fast 3.000 Beschäftigten), Saab International Finland (Luftfahrt, Lenkwaffen), für Landsysteme: Nammo (Munition), Sako (Handfeuerwaffen), Sisu Defence Oy (geländegängige gepanzerte Fahrzeuge), für Marinesysteme: Rauma Marine Construction, Wärtsilä sowie einige Elektronikunternehmen. Finnland exportierte in den letzten zehn Jahren Waffen im Wert von 60 Millionen US-Dollar jährlich. Die finnische Rüstungsindustrie spielt auch eine zentrale Rolle bei der Instandsetzung von Rüstungsgütern.

/ Die Swedish Security and Defence Industry Association (SOFF) hat 60 Mitgliedbetriebe, welche rund 30.000 Arbeitskräfte beschäftigen, wovon

SAAB allein 16.500 Beschäftigte zählt, BAE Systems (ehemals Hägglunds und Bofors) 1.100. Weitere bekannte Betriebe sind etwa Nammo (Munition) und Kockums (Marinesysteme). Schweden hat eine starke Exportposition bei Rüstungsgütern. Zwischen 2009 und 2018 exportierte Schweden Rüstungsgüter im Wert von 500 Millionen US-Dollar jährlich. Die nationale Rüstungsindustrie ist auch ein wichtiger Dienstleister in der Instandsetzung von Rüstungsgütern, welche bei den schwedischen Streitkräften verwendet werden.

/ Die österreichische Rüstungsindustrielle Basis ist klein und sehr spezialisiert. Sie stellt keine Schlüsselindustrie für die gesamte Industrie in Österreich dar. Jedoch entwickelte dieser Zweig der österreichischen Industrie einige Produkte, welche Weltspitze sind, etwa das Sturmgewehr 77 oder die Glock-Pistole. Ebenfalls besonders begehrt sind die Drohnen von Schiebel. Besonders hervorzuheben sind die Produzenten von harten Rüstungsgütern Glock,

Hirtenberger Defence Systems, Madritsch Waffentechnik, Rheinmetall, Diamond Aircraft, RUAG Ammotec, Steyr Mannlicher, General Dynamics European Land Systems-Steyr und auch Schiebel, dessen Drohnen man als Dual-Use-Geräte einstufen muss. Daneben existiert noch eine Reihe von Unternehmen, welche weiche Rüstungsgüter und Dual-Use-Produkte fertigen. Insgesamt können rund 40 Unternehmen dem engeren Kreis von Rüstungsgüterproduzenten zugerechnet werden. Diese Unternehmen exportieren innerhalb der letzten zehn Jahre Waffen im Wert von weniger als 30 Millionen US-Dollar jährlich. Österreich spielt damit als Exporteur von Rüstungsgütern keine große Rolle. In Österreich spielt die Rüstungsindustrie auch bei der Instandsetzung von Gerät, welches im Gebrauch der Truppe steht, keine Rolle. In Österreich fehlt jene Geschmacksempfindung, wie sie beim Kaffeegenuss anscheinend fast allen Österreichern in die Wiege gelegt wurde. Es fehlt eben

beim Konsum der Sicherheit in der Form von „Wohlbehagen bereitenden Streitkräften“ die Rüstungsindustrie als eine Art Milchschaumkrone.

/ Neben der elementaren Bedeutung der nationalen Rüstungsindustrie bei der Erhaltung der vollen Feldverwendbarkeit von Rüstungsgütern der nationalen Streitkräfte darf nicht übersehen werden, dass die Rüstungsindustrie jene Hochtechnologiesparte der Industrie ist, welche einen hohen Anteil an Hochtechnologieforschung besitzt, deren Forschungsergebnisse für die Zivilgüterproduktion genutzt werden. Die Europäische Union hat mit dem neuen milliardenschweren Europäischen Verteidigungsfonds eine Möglichkeit eingerichtet, mit der die Mitgliedsstaaten ihre Rüstungsindustrien weiterentwickeln und hochwertige Produkte gemeinsam entwickeln können. Österreich sollte an diesem Programm teilnehmen, um nicht nur bloßer Nettozahler zu sein. Dazu braucht es aber eine leistungsfähige Rüstungsindustrie. ✕



ZUR PERSON

Hon. Professor Brigadier Dr. Harald Pöcher ist Mitglied der OGB und Leiter der Revisionsabteilung B im BMLV.

¹ Die Wiener Melange ist eine Kaffeespezialität, welche aus einem Teil Kaffee sowie einem Teil Milch sowie einer Haube aus geschäumter Milch, der Milchschaumkrone, besteht.

Wenn es darauf ankommt. Auf unsere Munition ist Verlass.



Unsere hochpräzisen Produkte ermöglichen eine wirksame Bekämpfung von unterschiedlichen Zielen in verschiedenen Situationen. Ihr Können verbunden mit unserer Munition ist unschlagbar!



RUAG Ammotec AG
sales.ammotec@ruag.com | www.ruag.com

Together ahead. **RUAG**



Das Bundesheer als bewaffnete Macht der Republik muss in der Lage sein, die Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen zu schützen und die Integrität und Souveränität der Republik zu verteidigen.



Soll der Schutz der österreichischen Bevölkerung in Zukunft wieder garantiert werden, muss besser heute als morgen investiert werden.

Jetzt geht es um die Sicherheit Österreichs!

Unser Heer 2030: Auf 132 Seiten zeichnet der Bericht ein drastisches Bild des Zustands des Österreichischen Bundesheeres. Er beschreibt aber auch zehn konkrete Maßnahmen, die notwendig sind, um die rot-weiß-roten Streitkräfte wieder zukunftsfit zu machen.

/ Stellen wir uns vor: Nach einem Cyber-Angriff sind in weiten Teilen Österreichs die Computernetzwerke ausgefallen. Terroristische Angriffe auf kritische Infrastrukturen wie Raffinerien, Verkehrsknoten und Kraftwerke gefährden die Wasser- und Stromversorgung. Die öffentlichen Verkehrsmittel stehen still. Die Bevölkerung hat zu

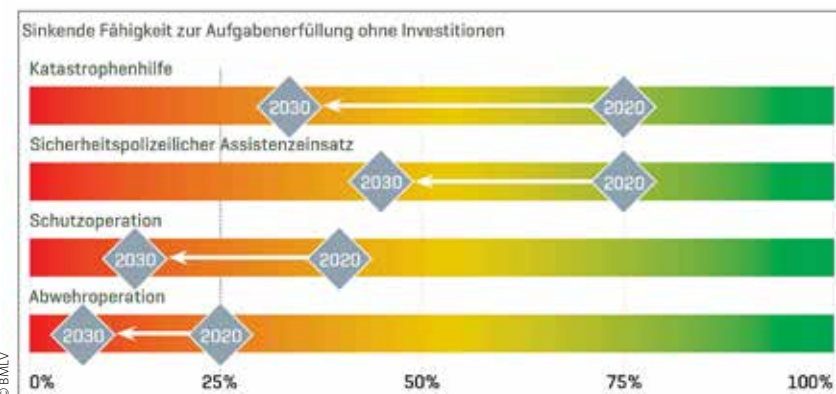
wenig Lebensmittel zuhause bevorratet. Supermärkte werden geplündert. Chaos in Österreich! Ein leider nicht unrealistisches Szenario für die Sicherheit Österreichs, das unmittelbar eintreten kann und bei dem das Bundesheer gefordert ist. Eigentlich – denn die Fähigkeiten unseres Heeres sind heute infolge der fehlenden finanziellen Investitionen in den vergangenen Jahrzehnten massiv eingeschränkt, der Schutz der österreichischen Bevölkerung kann nur mehr sehr eingeschränkt gewährleistet werden.

/ In den kommenden Jahren droht sich die Situation sogar noch weiter zu verschärfen, wie der von Experten des

Bundesheeres aller Fachbereiche und Ebenen in den vergangenen Monaten gemeinsam erarbeitete Bericht „Unser Heer 2030“ zeigt, aus dem auch die Grafik unten stammt. Wird der aktuelle Sparkurs fortgesetzt, dann ist unser Heer in elf Jahren zu keinen Abwehroperationen mehr fähig. Und auch um die heute noch vorhandenen Fähigkeiten zur Katastrophenhilfe und für sicherheitspolizeiliche Assistenzsätze wird es dann nicht mehr sehr gut bestellt sein, ebenso wie in anderen Bereichen massive Einschränkungen drohen. Die Situation kann unterm Strich durchaus als prekär bezeichnet werden.

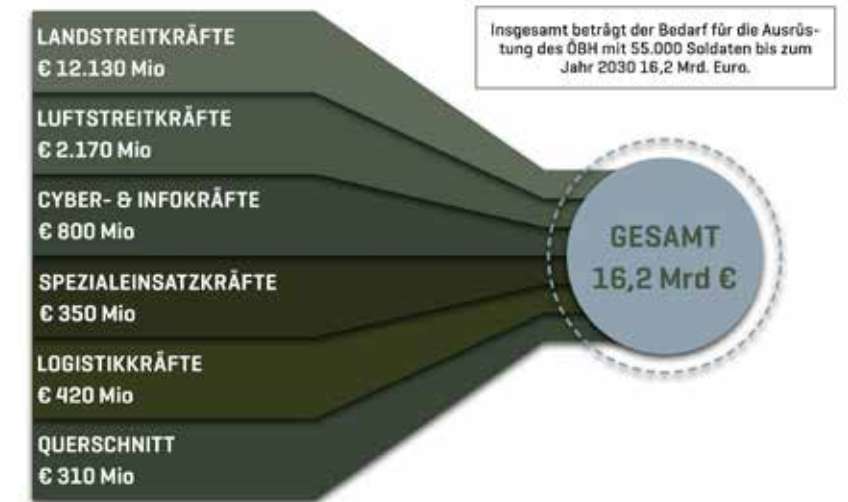
/ So weit muss es allerdings nicht kommen, auch das zeigt der Bericht. Er beschreibt nämlich auch zehn konkrete Maßnahmen, die notwendig sind, um weitere Fähigkeitseinbußen zu verhindern, das Militär zukunftsfit zu machen und den Schutz der österreichischen Bevölkerung wieder sicherzustellen. Die wohl wichtigste Maßnahme betrifft das Verteidigungsbudget, das von aktuell knapp mehr als zwei Milliarden Euro zunächst auf drei Milliarden Euro und dann bis 2030 schrittweise weiter auf ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ange-

Was 2020 noch geht (grüner Bereich rechts), ist 2030 ohne die notwendigen Investitionen bereits sehr eingeschränkt (roter Bereich links).



hoben werden muss. Darüber hinaus muss mit Zusatzbudgets sukzessive der seit Jahrzehnten aufgelaufene Investitionsrückstau abgebaut werden. Außerdem muss unverzüglich eine Entscheidung über die Zukunft der Luftraumüberwachung zur Gewährleistung unserer Souveränität und Neutralität getroffen sowie die Einsatzfähigkeit unserer Miliz wiederhergestellt werden. Weitere Forderungen: eine Rückkehr zum Grundwehrdienst in der Dauer von acht Monaten mit verpflichtenden Milizübungen, ein Fokus auf den Schutz gegenüber neuen hybriden Bedrohungen und Cyber-Angriffen und eine schrittweise Erhöhung des Personalstandes auf 24.000 Bedienstete und die Anpassung der dienstrechtlichen Rahmenbedingungen zur Gewährleistung der Einsatzbereitschaft. Außerdem müssen die Teilnahme des Bundesheeres an internationalen Friedens- und Stabilisierungseinsätzen auf hohem Niveau entsprechend den Sicherheitsinteressen der Republik fortgesetzt, die Einhaltung der eingegangenen EU-Verpflichtungen sichergestellt und das Konzept der umfassenden Landesverteidigung weiterentwickelt werden.

/ Den Investitionsbedarf bei der Truppe beziffert der Bericht mit insgesamt 16,2 Milliarden Euro. Dieses Geld braucht es zur Erhöhung des Regelbudgets, um das Militär bei Ausrüstung, Waffen, Personal und Gerät auf den gewünschten Ist-Zustand zu bringen. Alleine für gepanzerte Fahrzeuge der Infanterietruppe sind dem Bericht zufolge Investitionen von mehr als sechs Milliarden Euro notwendig. Bei der



Dieses Geld braucht es, um das Bundesheer bei Ausrüstung, Waffen, Personal und Gerät auf den für Einsatzaufgaben erforderlichen Stand zu bringen.

Panzertruppe sind für die Kampfwertsteigerung des Panzers Leopard 2A4 mechanisierte Unterstützungsfahrzeuge für Sanität und Bergemittel sowie sonstige Ausrüstung von 940 Millionen Euro zu veranschlagen.

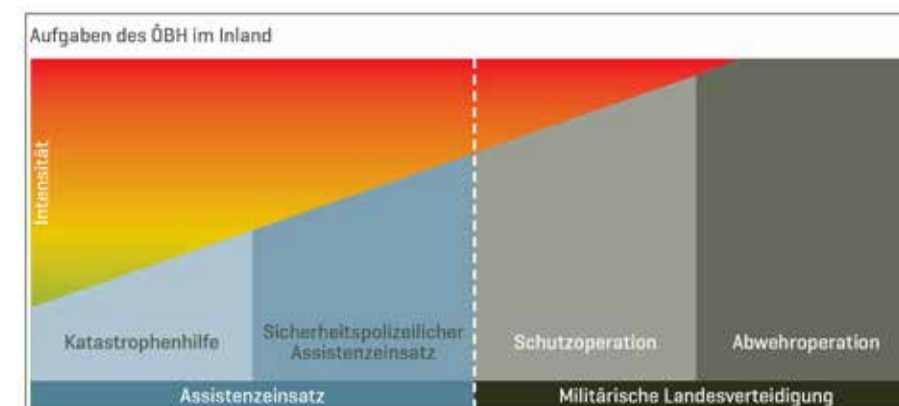
/ Bei den Pionieren und der Aufklärungstruppe summieren sich die dringend benötigten Investitionen auf je 1,2 Milliarden Euro. In Kombination mit weiteren unbedingt notwendigen Investitionen für Artillerie- und Aufklärungstruppe sowie Infanterie ergibt sich ein Investitionsbedarf von 12,13 Milliarden Euro alleine bei den Landstreitkräften.

/ Die Luftstreitkräfte benötigen inklusive Abfangjäger-Updates 2,17 Milliarden Euro (siehe auch Grafik oben), die Cyber- & Infokräfte 800 Millionen Euro, die Spezialeinsatzkräfte 350 Millionen Euro und der Querschnitt (ABC-Abwehrtruppe und Militärpolizei) 310 Millionen Euro.

/ Viel Geld, dessen Investition allerdings alternativlos ist: Jedes Bekennt-

nis zum Erhalt des Bundesheeres muss durch ein Bekenntnis zum dringend erforderlichen Investitionsbedarf hinterlegt sein. Das Bundesheer muss befähigt werden, sich – angelehnt an die international anerkannte Regel 50 Prozent des Budgets für Personal, 30 Prozent für den Betrieb und 20 Prozent für Investitionen auszugeben – wieder in eine Position zu bringen, aus der die Wahrnehmung der verfassungsgemäßen Aufgaben möglich ist. Der Investitionsrückstau muss dazu genauso dringend behoben werden, wie neue Investitionen in zeitgemäße Schutz-ausrüstung, Waffen- und IKT-Systeme und in die teils schlechte Infrastruktur notwendig sind. Und dabei spielt auch der Faktor Zeit eine wichtige Rolle. Beschaffungen bei Ausrüstung, Fahrzeugen, Waffen und sonstigen Gütern können – je nach Marktsituation und Vergabeverfahren – mehrere Jahre dauern. Auch bei größeren Investitionen im Bereich der Infrastruktur vergehen mindestens dreieinhalb Jahre von Beginn des Vergabeverfahrens bis zur Nutzung. Soll der Schutz der österreichischen Bevölkerung in Zukunft also wieder garantiert werden, soll das Bundesheer nachhaltig Abwehroperationen, Katastrophenhilfe, sicherheitspolizeiliche Assistenzsätze durchführen, dann muss besser heute als morgen investiert werden. Wichtig ist aber vor allem, dass investiert wird – in das Bundesheer, für Österreich! Eine Steigerung um 0,4 Prozent des BIP bis zum Jahr 2030 sollte uns die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher zumindest wert sein. (BMLV; Red. ÖÖG)

Die Aufgaben sind ausreichend definiert und werden aus dem verfassungsmäßigen Auftrag abgeleitet.





Kranzniederlegung durch Generalstabschef General Mag. Robert Brieger am Ehrenmal



Das Ehrenmal des Österreichischen Bundesheeres soll auch ein Ort des Gedenkens für die Angehörigen sein.

Ehrenmal des Österreichischen Bundesheeres

Das Ehrenmal ist sichtbarer Ausdruck einer neuen Erinnerungskultur im Österreichischen Bundesheer. Seit seiner Gründung im Jahr 1955 fand das militärische Totengedenken an der Skulptur des Toten Kriegers in der Krypta des 1934 errichteten Heldendenkmals im Äußeren Burgtor der Wiener Hofburg statt. 2012 wurde in dieser Skulptur ein verborgenes Dokument aufgefunden. Der Bildhauer Wilhelm Frass hatte darin seiner nationalsozialistischen Gesinnung Ausdruck verliehen. Durch diese Widmung stand die Krypta im Widerspruch zu den Werten des Österreichischen Bundesheeres – der Schutz von Demokratie und Menschenrechten bestimmt auch die Traditionspflege. Das Österreichische Bundesheer zog die Konsequenzen. Das militärische Totengedenken in der Krypta am Nationalfeiertag und zu Allerseelen wurde eingestellt. Der Altar in der Krypta wurde im Jahr 2015 profaniert.

Nach einer Zwischenlösung von Gedenkakten bei einer bereits im Jahr 2002 errichteten Gedenktafel für das Bundesheer der Zweiten Republik wird 2019 ein neues Ehrenmal des Österreichischen Bundesheeres in der Ehrenhalle des Heldendenkmals errichtet und am 26. Oktober 2019 feierlich seiner Bestimmung übergeben. An dieser neuen Gedenkstätte für die Angehörigen des Österreichischen Bundesheeres der Zweiten Republik,

„die in Ausübung des Dienstes ihr Leben gelassen haben“ (Inscript), werden künftig die staatlich-militärischen Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen stattfinden.

Das Ehrenmal soll auch ein Ort des Gedenkens für die Angehörigen sein. Parallel dazu erläutert in der Krypta eine rechts vom Eingang angebrachte Tafel die Gründe für die Musealisierung der Krypta und die Errichtung des neuen Ehrenmals. Darin wird dargelegt, dass die Krypta durch die „nationalsozialistische Widmung im Widerspruch zu den Werten des Österreichischen Bundesheeres“ steht, das dem „Schutz von Demokratie und Menschenrechten“ verpflichtet ist.

Widmung

Das Ehrenmal des Österreichischen Bundesheeres ist seinen Soldatinnen und Soldaten sowie Zivilbediensteten gewidmet, die sich für Demokratie, Frieden, Sicherheit und Menschenrechte eingesetzt und in Ausübung ihres Dienstes ihr Leben gelassen haben. Für Hinterbliebene soll es ein Ort der Trauer und des Gedenkens sein. Das Ehrenmal befindet sich am Wiener Heldenplatz, dem zentralen Gedächtnisort Österreichs.

Es ist einerseits einer zeitgemäßen Erinnerungskultur verpflichtet und andererseits Ausdruck eines gegenwarts- und zukunftsorientierten Selbstverständnisses des Bundesheeres in einer

demokratisch-pluralistischen Gesellschaft. Als Ort des Gedenkens repräsentiert es auch die Aufgaben und die Verantwortung des Österreichischen Bundesheeres in Staat und Gesellschaft.

Gestaltung

Zentrales Element des Ehrenmals ist das Hoheitszeichen – ein in einem Kreis eingeschriebenes Dreieck. Das Hoheitszeichen versinnbildlicht die gesellschaftliche Verantwortung des Bundesheeres sowie seine Aufgaben und Leistungen – militärische Landesverteidigung, Schutz der demokratischen Freiheiten und der staatlichen Einrichtungen, Hilfe bei Katastrophen sowie Friedenssicherungsoperationen im Ausland. „SICHERHEIT“ – „EINSATZ“ – „FRIEDEN“ – diese Begriffe auf dem Ehrenmal verweisen auf den Auftrag des Österreichischen Bundesheeres zur Wahrung von Frieden in demokratischer Freiheit.

Die miteinander verbundenen Platten aus Streckmetall symbolisieren einerseits das Zusammenwirken und die gelebte Gemeinschaft im Österreichischen Bundesheer und dessen Verankerung in der Gesellschaft. Andererseits veranschaulicht die unterschiedliche Neigung der Platten das breite Leistungsspektrum und die praktizierte Diversität innerhalb des Österreichischen Bundesheeres. (Quelle: www.denkmal-heer.at)



VII. Tag der Wehrpflicht

Umfassende Landesverteidigung Die umfassende Antwort auf moderne Bedrohungen

20. Jänner 2020, 17.00 Uhr

Einlass: ab 16.00 Uhr

**Haus der Industrie, Großer Festsaal
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien**

Im Anschluss an die Veranstaltung wird zu einem kleinen Buffet eingeladen.

Anmeldung bis 07.01.2020 an kontakt@wehrhaftes-oesterreich.at
Plattform Wehrhaftes Österreich | ZVR 484621332 | www.wehrhaftes-oesterreich.at
Die Teilnahme ist kostenlos. Spenden zu Gunsten der Plattform Wehrhaftes Österreich erbeten auf Konto IBAN AT51 2011 1827 5409 2500

Ausbildung zum Berufsoffizier abgeschlossen

„Bachelor of Arts in Military Leadership“



Die 30 Leutnante des Jahrganges „Freiherr von Reischach“



Für seine Leistungen als Bester des Jahrganges wurde Leutnant Martin Wagner durch Bundesminister Starlinger der Akademisierung in Gold überreicht.

Am 27. September 2019 erhielten die 30 Angehörigen des Jahrganges „Freiherr von Reischach“ – 29 Männer und eine Frau – in einer gemeinsamen akademischen und militärischen Feier im Sparkassen-Saal in Wiener Neustadt den akademischen Grad „Bachelor of Arts in Military Leadership“ verliehen und wurden zum Leutnant befördert. Zahlreiche Ehren-gäste sowie Angehörige der jungen Of-fiziere folgten der Einladung und zeigten damit ihre Anerkennung für die erbrachten Leistungen während der dreijährigen fordernden Truppenoffiziersausbildung. Brigadier Jürgen Wörgötter, der Leiter des Instituts für Offiziersausbildung, begrüßte die Gäste zum Festakt und freute sich melden zu können: „Wir wachsen wieder auf. Waren es letztes Jahr 22

Leutnante, so sind es dieses Jahr 30 und nächstes Jahr werden es 50 sein. Der benötigte Nachwuchs für das Offiziers-korps der Streitkräfte ist somit sicherge-stellt.“

/ Als Zeichen für den erfolgreichen Abschluss des Fachhochschul-Bachelor-studienganges Militärische Führung verlieh Dietmar Rößl, der Vorsitzende des Kollegiums der Fachhochschul-Studien-gänge im Bundesministerium für Lan-desverteidigung, den jungen Offizieren den akademischen Titel. Professor Rößl sagte den Jungakademikern, dass sie „ein herausforderndes Studium erfolgreich bewältigt haben und somit Stolz auf das Erreichte und die Leistung sein können.“ Die Beförderung zum Leutnant füh-rte Bundesminister Thomas Starlinger persönlich durch. Der Verteidigungs-

minister, der selbst 1985 die Ausbildung zum Offizier an der Militärakademie abgeschlossen hat, versicherte den jun-gen Leutnanten: „Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass Sie bestens für alles vor-bereitet sind.“

/ Leutnant Martin Wagner sprach in seiner Rede von der abwechslungs-reichen und fordernden Ausbildung und der Freude darüber, dass mit ihm alle Jahrgangskameraden die Abschlussprü-fungen bestanden haben. Er dankte al-len Familienangehörigen und Freunden für die erbrachte Unterstützung und das entgegengebrachte Verständnis wäh-rend der letzten drei Jahre. Er und seine Kameraden seien sich bewusst, dass es nun insbesondere nötig sei, „flexibel zu sein und die Untergebenen zu motivie-ren.“ (BMLV; Red. ÖOG) ✕



Der Jahrgangssprecher, Leutnant Matthias Kern, erhielt für seinen Einsatz um den Jahrgang aus den Händen des Chefs des Generalstabes einen Offizierssäbel.



Das äußerliche Erkennungszeichen für die Absol-venten der Theresianischen Militärakademie ist der Akademisierung, diesen erhielten die jungen Leutnan-te aus den Händen des Akademiekommandanten, Generalmajor Karl Pronhagl.



Übergabe des akademischen Diploms durch Univ.-Prof. Dr. Dietmar Rößl, Vorsitzender des Kollegiums der Fachhochschul-Studiengänge im Bundesministerium für Landesverteidigung

Tag der Leutnante 2019



Tag der Leutnante 2019

Am 28. September 2019 wur-den 30 Berufsoffiziere und 45 Milizoffiziere am Maria-sien-Platz der Militärakademie of-fiziell in das Bundesheer übernommen. Der Bundespräsident, die Führungsspi-ze des Österreichischen Bundesheeres, zahlreiche Ehren- und Festgäste aus Politik und öffentlichem Leben, das akkreditierte ausländische Militäratta-chékorps sowie Familienangehörige der neuen Leutnante kamen trotz Regen-wetters nach Wiener Neustadt, um am Festakt teilzunehmen.

/ Der Chef des Generalstabes hieß die neuen Offiziere herzlich im Offi-zierskorps des Bundesheeres willkommen. Er erinnerte die Leutnante daran: „Führen bedeutet Vorbild sein, aber auch Lernen von den Erfahrungen an-derer sowie die Meinung anderer zu akzeptieren.“ Er wies darauf hin, dass es „aufgrund der komplexen Bedro-hungen nötig ist, sich verstärkt auf die Landesverteidigung zu fokussieren. Si-cherheit ist der Markenkern des Bun-desheeres. Dazu bedarf es natürlich Investitionen, sowohl beim Personal als auch beim Material.“

/ Mit klaren Worten stellte Verteidi-gungsminister Thomas Starlinger die Situation des Bundesheeres dar: „Durch den Investitionsrückstau der vergan-gen Jahrzehnte und die mangelnden finanziellen Ressourcen ist die Leis-tungsfähigkeit des Bundesheeres und

damit der Schutz der österreichischen Bevölkerung massiv gefährdet worden“, so Starlinger. Der Bundesminister hielt in seiner Rede weiters fest, dass „der Tatendrang der jungen Offiziere gerade jetzt nötig ist, um aus der schwierigen Situation, in der sich das Bundesheer ge-rade befindet, das Beste zu gestalten.“ Er forderte die 75 Leutnante auf, durch ihr Tun und Handeln Vorbild zu sein.

/ Bundespräsident Alexander Van der Bellen gratulierte zum erfolgreichen Abschluss der Ausbildung zum Offizier. In seiner Rede stellte er fest: „Fehlende Ressourcen bilden eine Gefahr für das Leben der Soldaten.“ Und er forderte daher von der künftigen Bundesregie-rung, der Verantwortung gerecht zu werden und die nötigen finanziellen Mittel sicherzustellen.

/ Der Bundespräsident überreichte dem Jahrgangsersten, Leutnant Martin Wagner, den Offizierssäbel für seine herausragenden Leistungen im Rahmen der Offiziersausbildung.

/ Dem Bundespräsidenten wurde vom Kommandanten der Militärakade-mie, Generalmajor Karl Pronhagl, für seine besonderen Verdienste um das Bundesheer der Preis Pro Meritis in Form einer Statue überreicht.

/ Der Höhepunkt des Festaktes war das Treuegelöbnis auf die Republik Österreich, das die 75 neuen Offiziere, darunter zwei Frauen, ablegten. (BMLV; Red. ÖOG)

Bundespräsident
Alexander Van der
Bellen anlässlich der
Ausmusterung des
Berufsoffiziersjahrganges
„Freiherr von Reischach“
und der Milizoffiziere am
„Tag der Leutnante 2019“

Theresianische Militärakademie
Wiener Neustadt,
28. September 2019

Sehr geehrter Herr Bundesminister
Mag. Thomas Starlinger!

Sehr geehrter Herr Generalstabs-
chef General Robert Brieger!

Sehr geehrte Ehren- und Festgäste!

Mein besonderer Gruß gilt aber den Damen und Herren Leutnante, die heute in das Bundesheer übernommen werden. Sie stehen im Mittelpunkt die-ser traditionsreichen Feier.

Sehr geehrte Damen und Herren
Leutnante!

Der heutige Tag steht am Ende eines langen und hohe Anforderungen



Übergabe eines Säbels an den Jahrgangsbesten



Treuegelöbnis



Der Bundespräsident gratuliert den Leutnanten.

stellenden Ausbildungsweges, den Sie erfolgreich zurückgelegt haben. Dazu gratuliere ich Ihnen herzlich.

/ Mit dem Namen Ihres Jahrganges – Freiherr von Reischach – ist die Erinnerung an einen Träger des Maria-Theresien-Ordens verbunden, der sich durch besondere militärische Verdienste ausgezeichnet hat.

/ Freiherr von Reischach verfügte über ein hohes Maß an Eigeninitiative und Kaltblütigkeit und lebte seinen Soldaten diese Tugenden vor. So führte er seine Soldaten zu außerordentlichen Leistungen.

/ Um außerordentliche Leistungen erbringen zu können, müssen aber auch die Rahmenbedingungen stimmen. Was nützt die beste Einsatzmotivation, wenn die notwendige Ausrüstung nicht der Einsatzbereitschaft entspricht?

/ In den letzten Jahrzehnten sind wir alle Zeugen der Krisen in Süd-Ost-Europa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie am afrikanischen Kontinent geworden, die die Sicherheit Europas und seiner Bevölkerung infrage stellen können.

/ Und um die Sicherheit der österreichischen und der europäischen Bevölkerung – in Solidarität mit den anderen EU-Mitgliedstaaten – gewährleisten zu können, braucht es eine Voraussetzung: Die Einsatzkräfte müssen zur Erfüllung ihrer Aufgaben gut ausgerüstet sein.

/ Ich habe bereits vor einem Jahr darauf hingewiesen, dass angesichts der Budgetentwicklung in den nächsten Jahren eine rote Linie überschritten wird und fehlende Ressourcen nicht nur die Aufgabenerfüllung, sondern auch das Leben der Soldatinnen und Soldaten bei ihren Einsätzen gefährden können. Dies wird im aktuellen Bericht „Unser

Heer 2030“ anschaulich dargestellt. Ich appelliere daher eindringlich an die zukünftige politische Führung, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die notwendigen Ressourcen sicherzustellen.

/ Gerade angesichts dieser schwierigen Situation möchte ich allen Soldatinnen und Soldaten für ihren täglichen Einsatz danken:

/ Sei es in Krisengebieten im Ausland, sei es im sicherheitspolizeilichen Assistenteneinsatz im Inland, oder sei es bei Naturkatastrophen, wo sie unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern „Schutz und Hilfe“ gewähren.

Sehr geehrte Damen und Herren des Ausmusterungsjahrganges 2019!

Eine wohl überlegte militärische Führungsleistung zählt nach wie vor zu jenen Qualifikationen bzw. Kompetenzen, die nötig sind, um den immer komplexer werdenden Aufgaben des Österreichischen Bundesheeres gerecht werden zu können.

/ Als Kommandant eines Verbandes oder als Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter in höheren Kommanden und Dienststellen müssen Aufgaben auch im multinationalen Verbund wahrgenommen werden.

/ Dabei tragen Sie die Verantwortung für Ihnen anvertraute Soldatinnen und Soldaten. Die Vorbereitung darauf war Teil Ihrer Ausbildung. Zur Vorbereitung zählte auch, unter besonderen psychischen und physischen Belastungen handlungsfähig zu bleiben. Ich denke, Sie sind damit gut für die kommenden Herausforderungen gewappnet.

/ Ich danke Ihnen im Namen der Republik, dass Sie bereit sind, als Berufssoldat in unserem Heer zu dienen.



Der Oberbefehlshaber des Bundesheeres bei seiner Ansprache.

Dieser Dank gilt auch den Leutnanten des Milizstandes, die neben ihrem zivilen Beruf als Offiziere unserer Heimat dienen.

/ Und dieser Dank gilt auch allen Angehörigen der Theresianischen Militärakademie, die an der hochwertigen Ausbildung mitgewirkt haben.

/ In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei Ihnen, Herr Generalmajor Pronhagl, und beim zuständigen Gremium der Theresianischen Militärakademie sehr herzlich für die überraschende Überreichung des Ehrenpreises Pro Meritis bedanken.

Meine Damen und Herren Leutnante!

Ich komme noch einmal auf Sie zurück: Als symbolisches Zeichen des Dankes der Republik ist es mir eine Ehre, als Bundespräsident und Oberbefehlshaber dem Jahrgangsersten, stellvertretend für den gesamten Ausmusterungsjahrgang, den von mir gestifteten Ehrensäbel, zu überreichen. Ich wünsche Ihnen allen alles Gute und viel Erfolg in Ihrem Beruf.

/ Vor allem wünsche ich dem Österreichischen Bundesheer und unserem Land, dass Europa ein Kontinent des Friedens sein möge.

Es lebe das Österreichische Bundesheer! Es lebe unsere Heimat, die Republik Österreich! Es lebe unser gemeinsames Europa! ✕

Delegiertenkonferenz der Offiziersgesellschaft



Delegiertenversammlung 2019 der Österreichischen Offiziersgesellschaft

Präsident Erich Cibulka mit 100 Prozent wiedergewählt

Am Samstag, den 23. November 2019, trafen sich die Vertreter der neun Landes-Offiziersgesellschaften zur Delegiertenversammlung, dem höchsten Gremium der Österreichischen Offiziersgesellschaft, in St. Pölten. In Anwesenheit höchster Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Militär standen Forderungen und Erwartungen an eine neue Regierung im Vordergrund.

Ressort-Spitze äußert klare Erwartungen

Bundesminister Mag. Thomas Starlinger ersuchte die ÖOG um tatkräftige

Unterstützung in der „Mutter aller Schlachten“ um das Bundesheer. „Das Bundesheer steht heute am Rande seines Grabes. Die Totengräber des Bundesheeres gefährden massiv die Sicherheit der Bevölkerung.“ Er betonte, dass sich in den nächsten Wochen der Regierungsverhandlungen die Zukunft des Bundesheeres endgültig entscheiden würde. (Anmerkung der Redaktion: Die Rede im Wortlaut finden Sie auf unserer Homepage www.oeog.at.)

/ Der Chef des Generalstabs, General Mag. Robert Brieger, hielt in seinem Festvortrag fest: „Die budgetären Forderungen erscheinen vielleicht hoch, aber sie sind mit sehr konkreten Analysen hinterlegt.“ Sollten von der nächsten Regierung keine nachhaltigen Lösungen kommen, würde „auf die strategischen Risiken für die Republik Österreich und seine Bevölkerung in gebotener, konkreter Form hingewiesen werden.“

„Sicherheitspolitisches Gewissen der Republik“

Am Nachmittag wurde Brigadier Mag. Erich Cibulka einstimmig als Präsident wiedergewählt. In seinem Tätigkeitsbericht betonte er die wichtige Rolle der Offiziersgesellschaft im politischen Dialog. Er erinnerte, dass die Grundpositionen der ÖOG – wie die Wiedereinführung von verpflichtenden Truppenübungen und die Anhebung des Budgets auf zumindest

ein Prozent des BIP – heute von der Bevölkerung mehrheitlich geteilt werden. (Anmerkung der Redaktion: Die aktuelle Position der ÖOG finden Sie auf unserer Homepage www.oeog.at.)

/ Wir haben unter Minister Mag. Hans-Peter Doskozil eine Trendumkehr erlebt, die unter Minister Mario Kunasek weitergeführt wurde. Jetzt hat Minister Mag. Thomas Starlinger einen Zukunftsweg aufgezeigt. Diesen Perspektiven darf sich keine Regierung – egal aus welchen Parteien gebildet – verschließen.

/ In einer Resolution setzten sich die Delegierten dafür ein, dass der weithin



Bundesminister für Landesverteidigung Mag. Thomas Starlinger: „Das Bundesheer schlägt gerade die ‚Mutter aller seiner Schlachten‘ – es geht darum, ob der Schutz der Österreicherinnen und Österreicher sowie der kritischen Infrastruktur in der Zukunft wieder gewährleistet werden kann.“

bekannte Begriff „EF-Jahr“ (Einfährig-Freiwilligen-Jahr) für die Ausbildung des Offizier-Nachwuchses wieder eingeführt und die Zahl der Offiziersanwärter auf zumindest 500 pro Jahr erhöht werden soll.

Ehrungen für verdiente Persönlichkeiten

Hohe Auszeichnungen wurden an verdiente, langjährige Funktionäre und Personen mit besonderen Verdiensten um das Bundesheer verliehen: dem Abg. z. NR. a. D. Otto Pendl, ➤



Die Delegiertenversammlung 2019 aus der Perspektive des Präsidiums.

Vorsitzender der Parlamentarischen Bundesheerkommission, dem Milizbeauftragten Generalmajor Mag. Erwin Hameseder, dem scheidenden Militärkommandanten von Vorarlberg, Brigadier Ernst Konzett MSD, dem

ÖOG-Vizepräsidenten, Generalmajor i. R. Mag. Heinrich Winkelmayer, dem Vizepräsidenten der Wehrmedizinischen Gesellschaft, Oberstarzt Dr. Manfred Happak sowie dem langjährigen ÖOG-Funktionär Generalmajor

Mag. Herbert Bauer für seine unterschiedlichsten Funktionen, die er über 26 Jahre hinweg wahrgenommen hat.

/ In seinen Dankesworten betonte der Vorsitzende der Parlamentarischen Bundesheer-Kommission, Abgeordneter a. D. Otto Pendl, dass in einer Zeit, in der es um Sein oder Nicht-Sein des Bundesheeres ginge, der politische Kampf nicht wehleidig geführt werden dürfe. Jeder Parlamentarier wäre aufgerufen, sich – gegebenenfalls auch gegen den Widerstand in der eigenen Partei – für das Bundesheer einzusetzen.

/ Die Österreichische Offiziersgesellschaft ist parteipolitisch unabhängig und versteht sich als „das sicherheitspolitische Gewissen der Republik Österreich.“ (ÖOG Red.) ✕



Der Verteidigungsminister und der Präsident der ÖOG mit den Geehrten v. l. n. r.: GenMjr i. R. Heinrich Winkelmayer, GenMjr Herbert Bauer, Präsident Bgdr Erich Cibulka, Minister Thomas Starlinger, GenMjr Erwin Hameseder, Abg. z. NR. a. D. Otto Pendl, Bgdr Ernst Konzett, ObStA Dr. Manfred Happak



ÖOG-Präsident Erich Cibulka wurde einstimmig wiedergewählt und erinnerte an die Grundpositionen der ÖOG: Wiedereinführung von verpflichtenden Truppenübungen und Anhebung des Budgets auf zumindest ein Prozent des BIP.

Ein Brief zum Schluss

Sehr geehrte Kameradinnen und Kameraden, sehr geehrte Damen und Herren!

/ Beginnend mit der Ausgabe 3/2013 konnte ich bis heute 26 Ausgaben der Quartalszeitschrift „Der Offizier“ der Österreichischen Offiziersgesellschaft als Chefredakteur erstellen. Die Ausgabe 4/2019 ist die letzte Ausgabe, die ich als Chefredakteur betreue.

/ Meine Vorgaben seitens des Herausgebers und mein persönliches Ziel waren es, sachgerecht, klar und kritisch zu informieren, jedoch persönliche und diffamierende Angriffe zu vermeiden. Als Offizier bin ich der Meinung, dass das Veröffentlichen von Meinungen und Ansichten auch so erfolgen kann und muss, dass es die Sachebene nicht verlässt – etwas, was in Österreich eine Seltenheit ist. Alleine das Argumentieren mit Inhalten, die nicht der Ansicht der jeweiligen politischen und militärischen Machthaber entsprechen, verursacht genug Aufregung und Protest, es ist aber auch nicht leicht, es selbsternannten Experten mit eigenwilligen militärischen Ansichten recht zu machen. Damit bleibt eigentlich nur, sich selbst treu zu bleiben und nach bestem Wissen und Gewissen, auf Basis unserer hervorragenden militärischen Ausbildung und Erfahrung zu informieren – und das habe ich gemacht.

/ „Der Offizier“ ist eine Zeitung, die sicherheitspolitische und wehrrelevante Inhalte in verständlicher Form transportiert und damit eine wichtige Lücke in der mangelnden Information zum Thema Landesverteidigung und Bundesheer schließt. Getragen wird die Blattlinie dabei vom Selbstverständnis der Österreichischen Offiziersgesellschaft, das wehr- und sicherheitspolitische Gewissen der Republik Österreich zu sein. Bezüglich der mangelnden Information gilt aber natürlich auch für unsere Publikationen, dass es bei Inhalten eine Bring- und eine Holschuld gibt. Erstere haben wir versucht abzutragen. Unsere Grundaussagen und -forderungen haben sich über die Jahre hinweg nie geändert, das ist einerseits der gediegenen Qualität der Arbeit der Österreichischen Offiziersgesellschaft geschuldet, zeigt aber auch auf, wie wenig sich die Gesamtsituation des Bundesheers hin zum basalen Positiven bewegt hat. Als Beispiel sei dafür die notorische finanzielle Unterausstattung der Streitkräfte der Republik Österreich genannt. Leitlinie war und ist jedoch, die Arbeit der Offiziersgesellschaft zu erbringen, weil sie niemand anderer übernimmt und ein Vakuum in der sicherheits- und wehrpo-

litischen Diskussion auf diesem Niveau schädlich wäre.

/ Ich danke dem Herausgeber, der Österreichischen Offiziersgesellschaft, für das Vertrauen und den Leserinnen und Lesern für das Wohlwollen, das meiner und unserer Arbeit entgegengebracht wurde. Allfällige Kritik wurde sorgfältig geprüft und angenommen, wenn sie berechtigt erschien, aber verworfen, wenn sie unsinnig war. Ich danke allen Menschen, die dazu beigetragen haben, dass Ausgabe für Ausgabe entstehen konnte. Für die immer bemühte und hervorragende Zusammenarbeit danke ich den Gastautoren, den Autoren im Hintergrund, den Lektoren und Grafikern, den Fotografen des Bundesheers, deren Bilder wir verwenden dürfen, dem Layout und der Druckerei. Ich danke auch allen jenen Organisationen und Firmen, die durch ihre Werbeeinschaltungen sichergestellt haben, dass wir unsere Zeitung unentgeltlich an die vielen Meinungsträger im In- und Ausland abgeben und versenden können.

/ Die ÖOG hat beschlossen, dass mein Nachfolger Brigadier Mag. Harald Pöcher sein wird, dem ich, nach penibler Übergabe, alles Gute für die herausfordernde Arbeit wünsche.

/ Sehr geehrte Leserinnen und Leser, ich verabschiede mich mit dem Wunsch nach viel Soldatenglück für alle Kameradinnen und Kameraden und wünsche allen Damen und Herren aus der Leserschaft alles Gute.

Ihr Herbert Bauer, Chefredakteur ✕

Wahlergebnisse

Präsident:

Brigadier Mag. Erich Cibulka

Vizepräsidenten:

Generalmajor Mag. Rudolf Striedinger

Oberst des Generalstabsdienstes

Mag. Stefan Fuchs

Oberstleutnant Elmar Rizzoli

Kassier:

Oberstleutnant des Intendanzdienstes

Mag. Harald Mühlberger

Rechnungsprüfer:

Oberst Herbert Barthes

Oberst Bernd Schlögl

Alle Funktionen der ÖOG wurden einstimmig gewählt.



Das neu gewählte Präsidium der Österreichischen Offiziersgesellschaft v. l.: Kassier – ObstdtIntD Mag. Harald Mühlberger, Vizepräsident – Obstdt Elmar Rizzoli, Präsident – Bgdr Mag. Erich Cibulka, Vizepräsidenten – GenMjr Mag. Rudolf Striedinger und ObstdtG Mag. Stefan Fuchs.

OG-Zeiten von Herbert Bauer

OGT:

1985 Mitglied der OGT

2006–2019 1. Vizepräsident der OGT

ÖOG:

1993–1999 Mitglied des ÖOG-Vorstandes als Referent für Presse & Information sowie Wehrpolitik

2000–2003 1. Vizepräsident der ÖOG (2003 Amt des Vizepräsidenten wegen Unvereinbarkeit mit Kabinetttätigkeit ruhend gestellt)

2005–2008 Kooptiertes Mitglied des ÖOG-Vorstandes

2009–2013 Generalsekretär der ÖOG

2013–2019 Chefredakteur „Der Offizier“ und ÖOG-Internetbeauftragter



„Ich melde mich ab!“



in der Wiener Hofburg
mit feierlicher Eröffnung um 21:30 Uhr

Kartenpreise: Eintritt: € 75 / Studenten: € 30



ABSOLVENTENVEREINIGUNG ALT-NEUSTADT

1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1

Telefon: +43 1 715 05 70, Fax: +43 1 712 19 64

E-Mail: info@balderoffiziere.at



Online Ticketverkauf
www.balderoffiziere.at



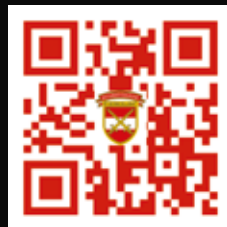
WIE VIEL IST DIR DEINE SICHERHEIT WERT?



[f](https://www.facebook.com/bundesheer.at) [i](https://www.instagram.com/bundesheer.at) [t](https://www.twitter.com/bundesheer.at) bundesheer.at



UNSER HEER



Das sicherheitspolitische Gewissen der Republik Österreich